

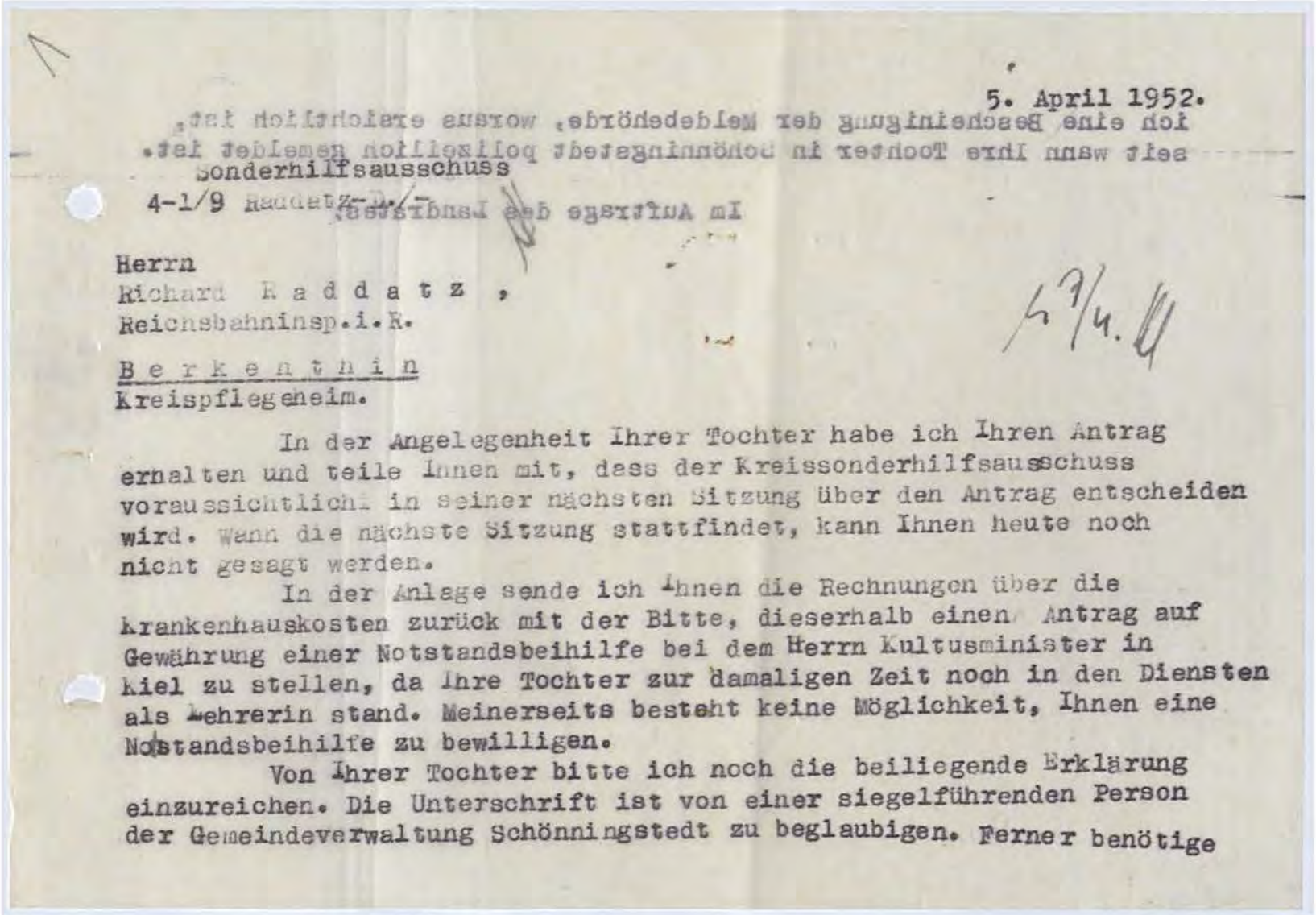
# Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

Bestand B 2

690

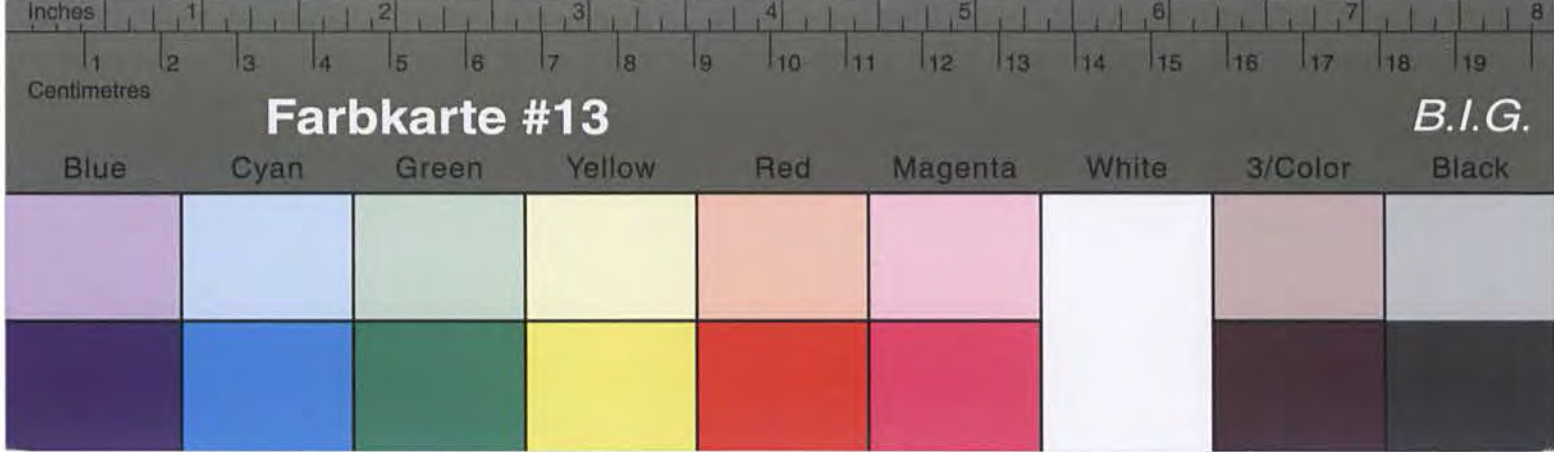




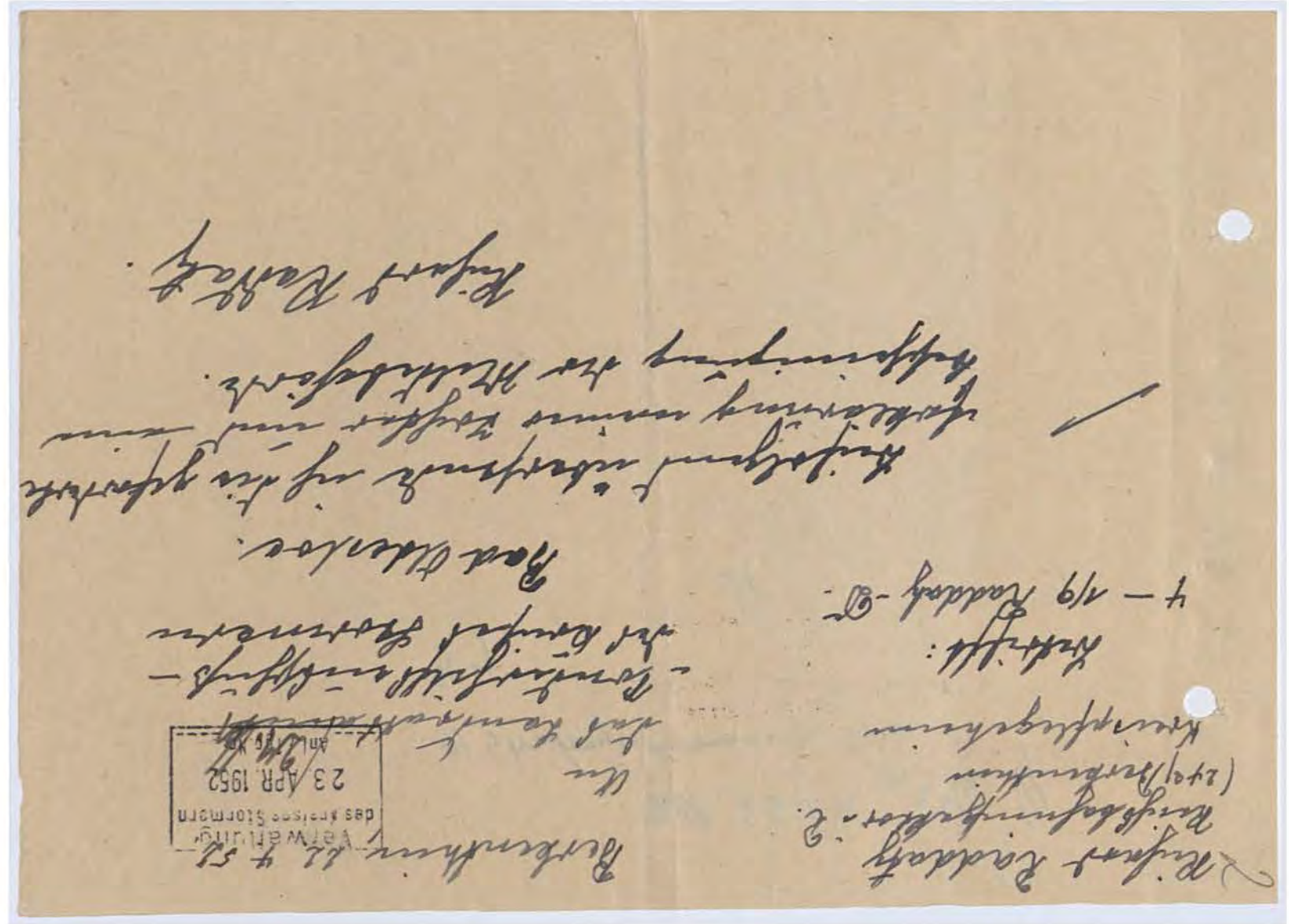
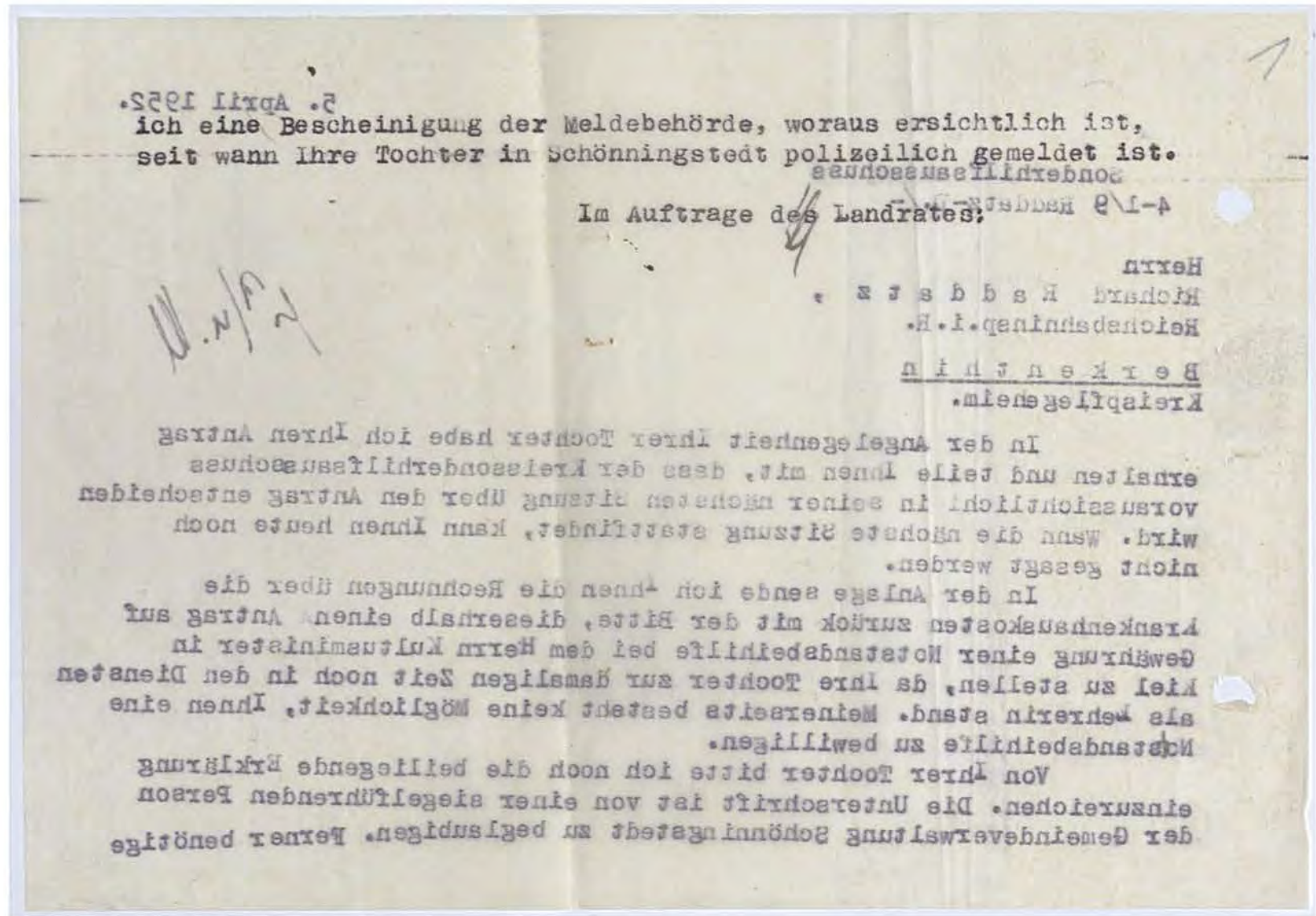
Kreisarchiv Stormarn B2



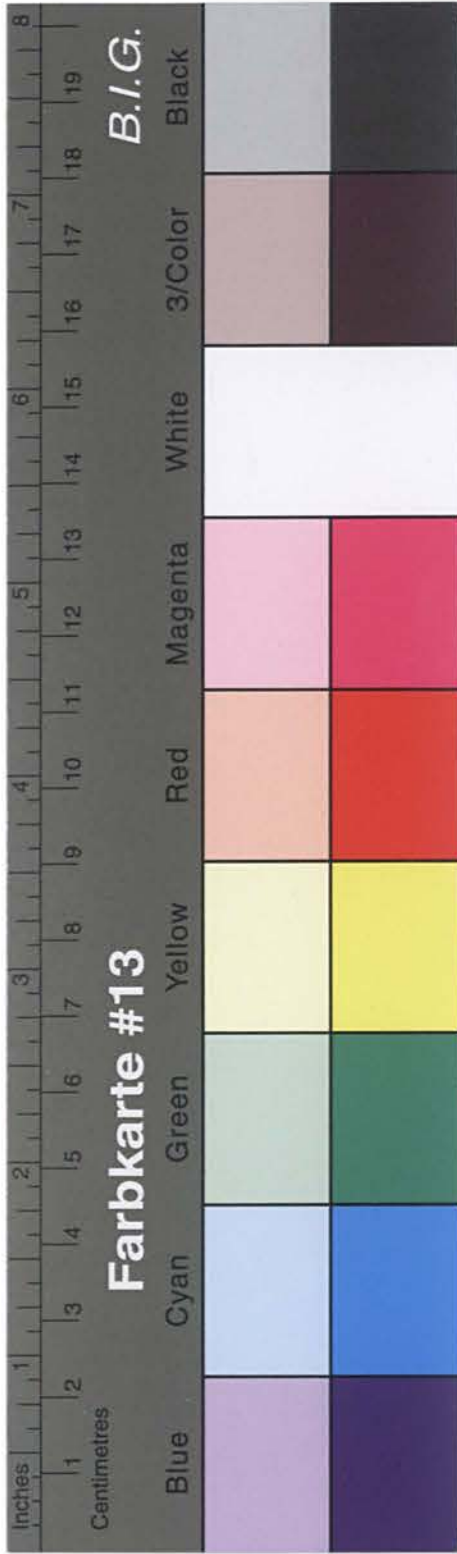




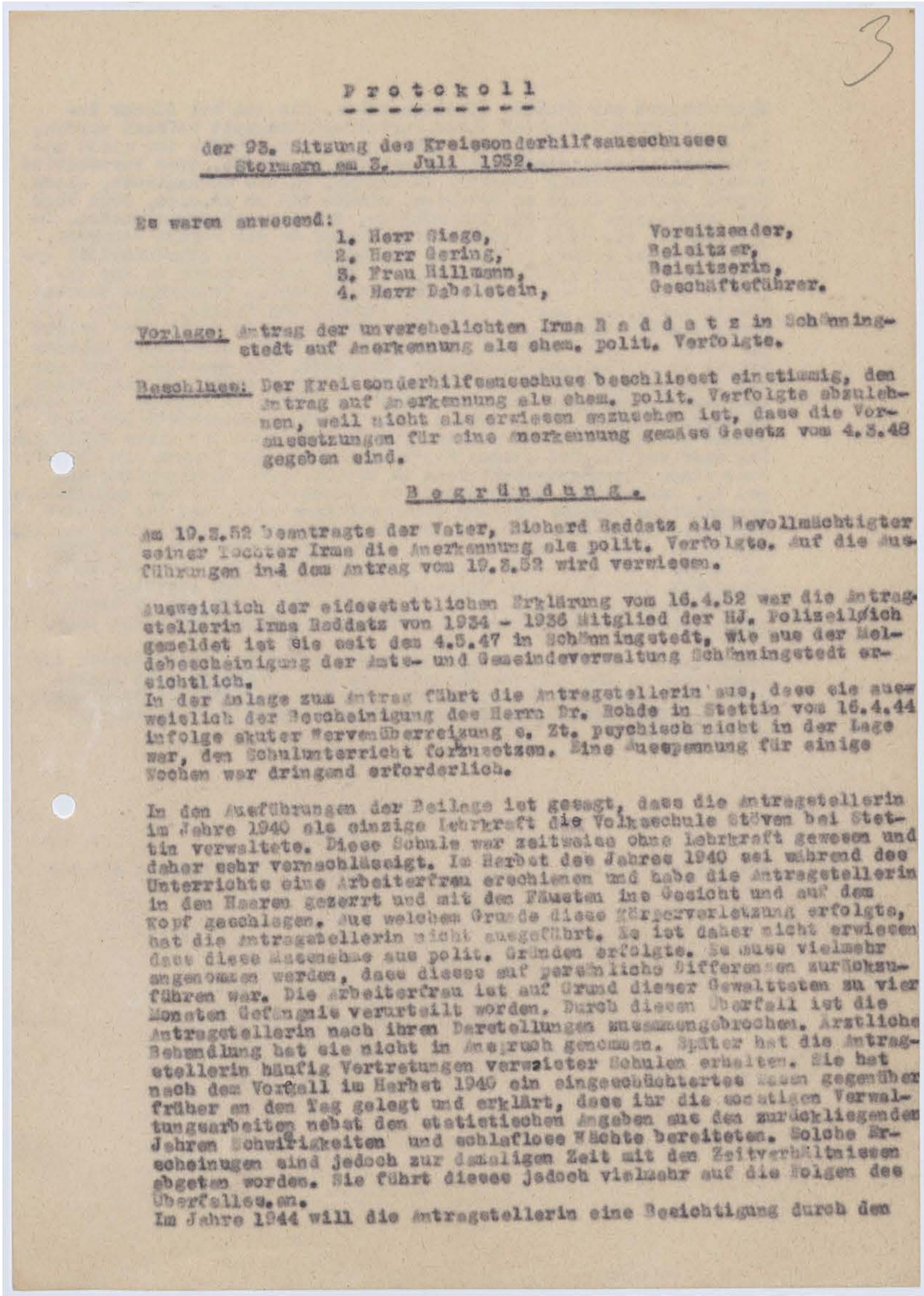
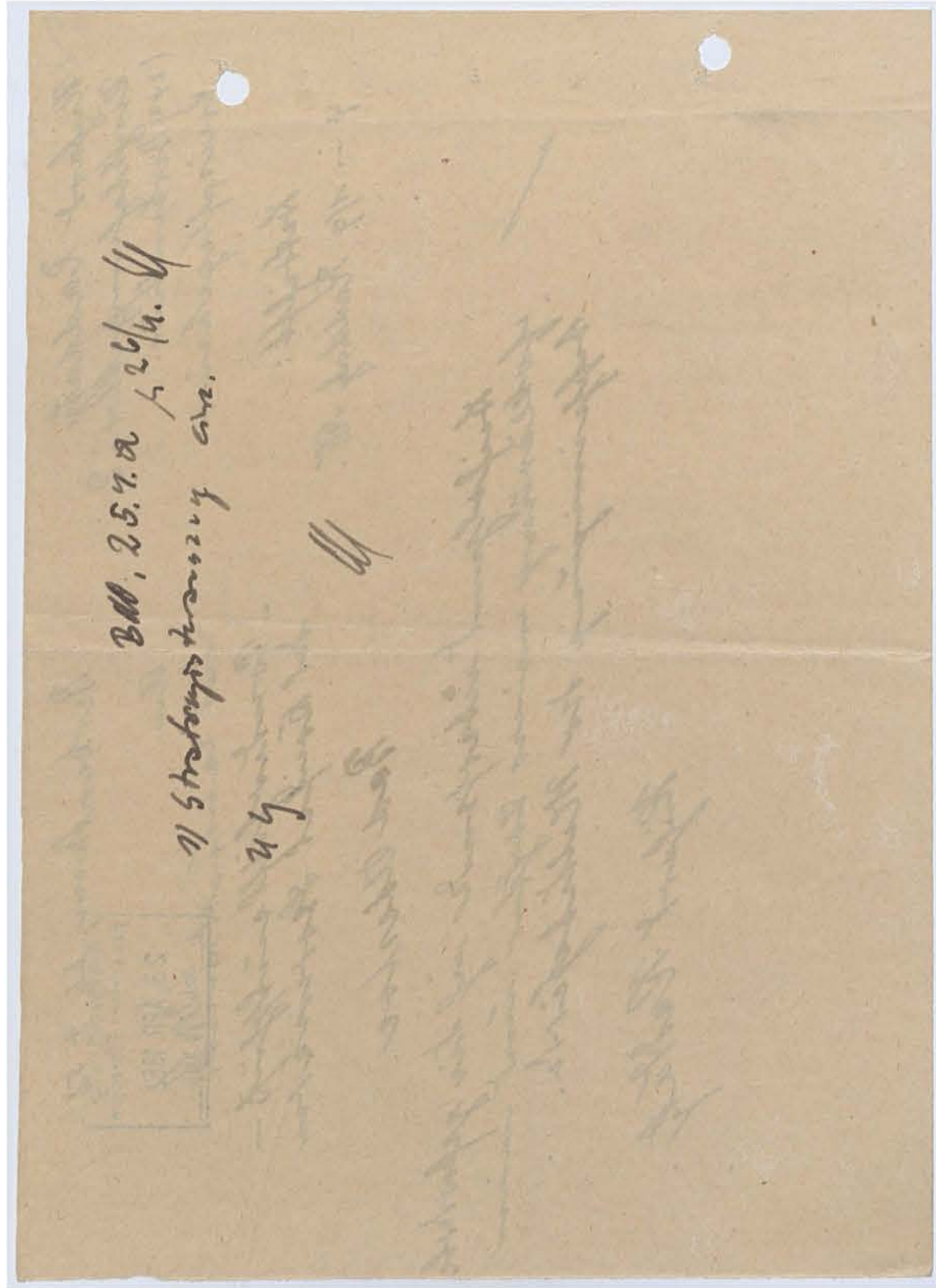
# Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2

Oberlehrer aus Stettin erhalten haben. Sie sei bei dieser Gelegenheit auch bezüglich ihrer Parteizugehörigkeit befragt worden. Da sie jedoch keiner polit. Partei angehörte, wurden ihr nicht unerhebliche Vorhaltungen gemacht und ihr angedroht, eine verschärfte zweite Lehrerprüfung erwarten zu müssen. Da sie befürchtete, diese zweite Prüfung nicht zu bestehen, machte sie am 16.4.44, zwei Tage vor Schulbeginn nach den Osterferien, den Versuch des Gestodes. Am 19.4.44 hat sie sich wiederum zur Aufnahme in die Partei beworben. Ihre Aufnahme konnte jedoch mit Rücksicht auf die grundsätzlich angeordnete Sperre nicht erfolgen. Auf die Ausführungen in der ob-schriftlich vorliegenden Mitteilung der NSDAP.- Ortsgruppe Stettin Torney vom 6.5.44 wird verwiesen. Persönliche Gründe, die die Aufnahme nicht zuließen, lagen somit nicht vor. Im Jahre 1947 erlitt sie einen zweiten Nervenzusammenbruch und wurde deshalb mehrere Monate im Krankenhaus Langenhorn behandelt. Zur damaligen Zeit war sie bereits als Hebamme auf Widerruf in den Schuldienst des Landes Schleswig - Holstein übernommen und der Schule in Reibitz zugeteilt. Am 11.8.50 erlitt sie ebenfalls einen Nervenzusammenbruch und ver-machte sich dem Leben zu scheiden, indem sie sich vor einem fahrenden Zug warf und hierbei außer Kopfverletzungen den linken Arm ver-lor. Dass diese Nervenzusammenbrüche in ursächlichen Zusammenhang mit polit. Massnahmen, insbesondere im Zusammenhang mit der angedrohten verschärften zweiten Prüfung zurückzuführen sind, hat die Antrag-stellerin nicht erbracht. Es ist auch unwahrscheinlich, dass polit. Massnahmen bei den eingetretenen Nervenzusammenbrüchen eine Rolle spielten. Jedenfalls ist dieses lediglich von der Antragstellerin behauptet aber in keiner Weise durch Aussagen oder sonstige Belege untermauert. Dem Antrage auf Anerkennung als Verfolgte im Sinne des Gesetzes vom 4.5.48 konnte daher kein Erfolg beschieden sein.

Gegen diesen Bescheid ist der Antragstellerin das Rechtsmittel der Beschwerde an den Sonderhilfeausschuss des Landes in Kiel inner-halb eines Monats nach Zustellung gegeben. Eine etwaige Beschwerde wäre bei dem Kreisonderhilfeausschuss Stormarn in Bad Oldesloe einzureichen.

.....

## Protokoll der 93. Sitzung des Kreisonderhilfeausschusses Stormarn am 3. Juli 1952.

- Es waren anwesend:
- |                      |                  |
|----------------------|------------------|
| 1. Herr Siege,       | Vorsitzender,    |
| 2. Herr Saring,      | Beisitzer,       |
| 3. Frau Hillmann,    | Beisitzerin,     |
| 4. Herr Dabelestein, | Geschäftsführer. |

Vorlage: Antrag der unverheirateten Irma H a d d a t z in Schöning-stedt auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgte.

Beschluss: Der Kreisonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, den Antrag auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgte abzuleh-nen, weil nicht als erwiesen anzusehen ist, dass die Vor-setzungen für eine Anerkennung gemäss Gesetz vom 4.5.48 gegeben sind.

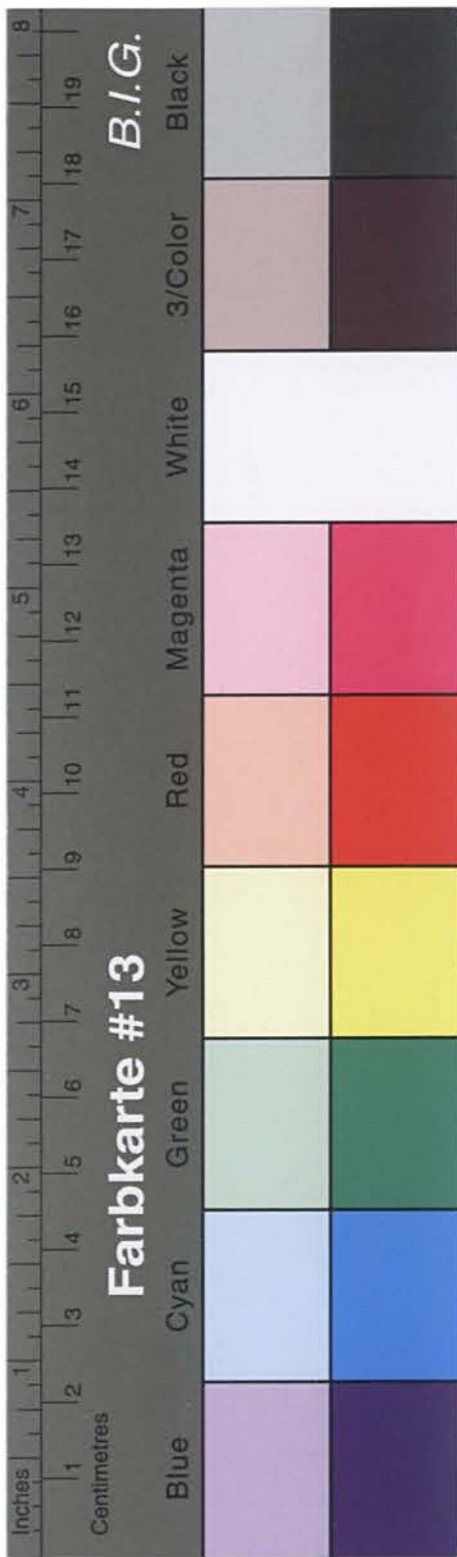
### Begründung.

Am 19.8.52 beantragte der Vater, Richard Haddatz als Bevollmächtigter seiner Tochter Irma die Anerkennung als polit. Verfolgte. Auf die Aus-führungen in dem Antrag vom 19.8.52 wird verwiesen.

Zugewiesen der eidesstattlichen Erklärung vom 16.4.52 war die Antrag-stellerin Irma Haddatz von 1934 - 1936 Mitglied der NS. Polizeilich gemeldet ist sie seit dem 4.5.47 in Schöningstedt, wie aus der Mel-debescheinigung der Jute- und Gemeindeverwaltung Schöningstedt er-sichtlich. In der Anlage zum Antrag führt die Antragstellerin aus, dass sie aus-weislich der Bescheinigung des Herrn Dr. Rohde in Stettin vom 16.4.44 infolge akuter Nervüberreizung v. Zt. psychisch nicht in der Lage war, den Schulunterricht fortzusetzen. Eine Ausspannung für einige Wochen war dringend erforderlich.

In den Ausführungen der Beilage ist gesagt, dass die Antragstellerin im Jahre 1940 als einzige Lehrkraft die Volksschule Stöven bei Stet-tin verwaltete. Diese Schule war zeitweise ohne Lehrkraft gewesen und daher sehr vernachlässigt. Im Herbst des Jahres 1940 sei während des Unterrichts eine Arbeiterfrau erschienen und habe die Antragstellerin in den Haaren gezerrt und mit den Fäusten ins Gesicht und auf den Kopf geschlagen. Aus welchem Grunde diese Körperverletzung erfolgte, hat die Antragstellerin nicht angeführt. Es ist daher nicht erwiesen dass diese Massnahme aus polit. Gründen erfolgte. Es muss vielmehr angenommen werden, dass dieses auf persönliche Differenzen zurückzu-führen war. Die Arbeiterfrau ist auf Grund dieser Gewalttaten zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Durch diesen Überfall ist die Antragstellerin nach ihren Darstellungen zusammengebrochen. Ärztliche Behandlung hat sie nicht in Anspruch genommen. Später hat die Antrag-stellerin häufig Vertretungen verwaister Schulen erhalten. Sie hat nach dem Vorfall im Herbst 1940 ein eingeschüchtertes Wesen gegenüber früher an den Tag gelegt und erklärt, dass ihr die sonstigen Verwal-tungsarbeiten nebst den statistischen Angaben aus den zurückliegenden Jahren Schwierigkeiten und schlaflose Nächte bereiteten. Solche Er-scheinungen sind jedoch zur damaligen Zeit mit den Zeitverhältnissen abgetan worden. Sie führt dieses jedoch vielmehr auf die Folgen des Überfalles an. Im Jahre 1944 will die Antragstellerin eine Besichtigung durch den





# Kreisarchiv Stormarn B2

Oberschulrat aus Stettin erhalten haben. Sie sei bei dieser Gelegenheit auch bezüglich ihrer Parteizugehörigkeit befragt worden. Da sie jedoch keiner polit. Partei angehörte, wurden ihr nicht unerhebliche Vorhaltungen gemacht und ihr angedroht, eine verechäftete zweite Lehrerprüfung erwarten zu müssen. Da sie befürchtete, diese zweite Prüfung nicht zu bestehen, machte sie am 10.4.44, zwei Tage vor Schulbeginn nach den Osterferien, den Versuch des Selbstmordes. Am 19.4.44 hat sie sich wiederum zur Aufnahme in die Partei beworben. Ihre Aufnahme konnte jedoch mit Rücksicht auf die grundsätzlich ungeordnete Sperrung nicht erfolgen. Auf die Ausführungen in der abgedruckt vorliegenden Mitteilung der NSDAP.-Ortsgruppe Stettin Torney vom 6.8.44 wird verwiesen. Persönliche Gründe, die die Aufnahme nicht zulassen, lagen somit nicht vor. Im Jahre 1947 erlitt sie einen zweiten Nervenzusammenbruch und wurde darüber mehrere Monate im Krankenhaus Langenhorn behandelt. Zur damaligen Zeit war sie bereits als Beamtin auf Widerruf im Schuldienst des Landes Schleswig-Holstein übernommen und der Schule in Reinbek zugeteilt. Am 11.8.50 erlitt sie ebenfalls einen Nervenzusammenbruch und versuchte aus dem Leben zu scheiden, indem sie sich vor einen fahrenden Zug warf und hierbei schwerer Kopfverletzungen den linken Arm verlor. Dass diese Nervenzusammenbrüche im unerschlichen Zusammenhang mit polit. Massnahmen, insbesondere im Zusammenhang mit der angedrohten verechäfteten zweiten Prüfung zurückzuführen sind, hat die Antragstellerin nicht erbracht. Es ist auch unwahrscheinlich, dass polit. Massnahmen bei den eingetretenen Nervenzusammenbrüchen eine Rolle spielten. Jedenfalls ist dieses lediglich von der Antragstellerin behauptet aber in keiner Weise durch Aussagen oder sonstige Belege untermauert. Dem Antrage auf Anerkennung als Verfolgte im Sinne des Gesetzes vom 4.3.48 konnte daher kein Erfolg beschieden sein.

Gegen diesen Bescheid ist der Antragstellerin das Rechtsmittel der Beschwerde an den Sonderhilfeausschuss des Landes in Kiel innerhalb eines Monats nach Zustellung gegeben. Eine etwaige Beschwerde wäre bei dem Kreisonderhilfeausschuss Stormarn in Bad Oldesloe einzureichen.

.....

.....

.....

## Protokoll

der 93. Sitzung des Kreisonderhilfeausschusses  
Stormarn am 3. Juli 1952.

Es waren anwesend:

- |                     |                  |
|---------------------|------------------|
| 1. Herr Siege,      | Vorsitzender,    |
| 2. Herr Gering,     | Beisitzer,       |
| 3. Frau Hillmann,   | Beisitzerin,     |
| 4. Herr Dabelstein, | Geschäftsführer. |

Vorlage: Antrag der unverheirateten Irma Raddatz in Schönningstedt auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgte.

Beschluss: Der Kreisonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, den Antrag auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgte abzulehnen, weil nicht als erwiesen anzusehen ist, dass die Voraussetzungen für eine Anerkennung gemäss Gesetz vom 4.3.48 gegeben sind.

## Begründung.

Am 19.3.52 beantragte der Vater, Richard Raddatz als Bevollmächtigter seiner Tochter Irma die Anerkennung als polit. Verfolgte. Auf die Ausführungen in dem Antrag vom 19.3.52 wird verwiesen.

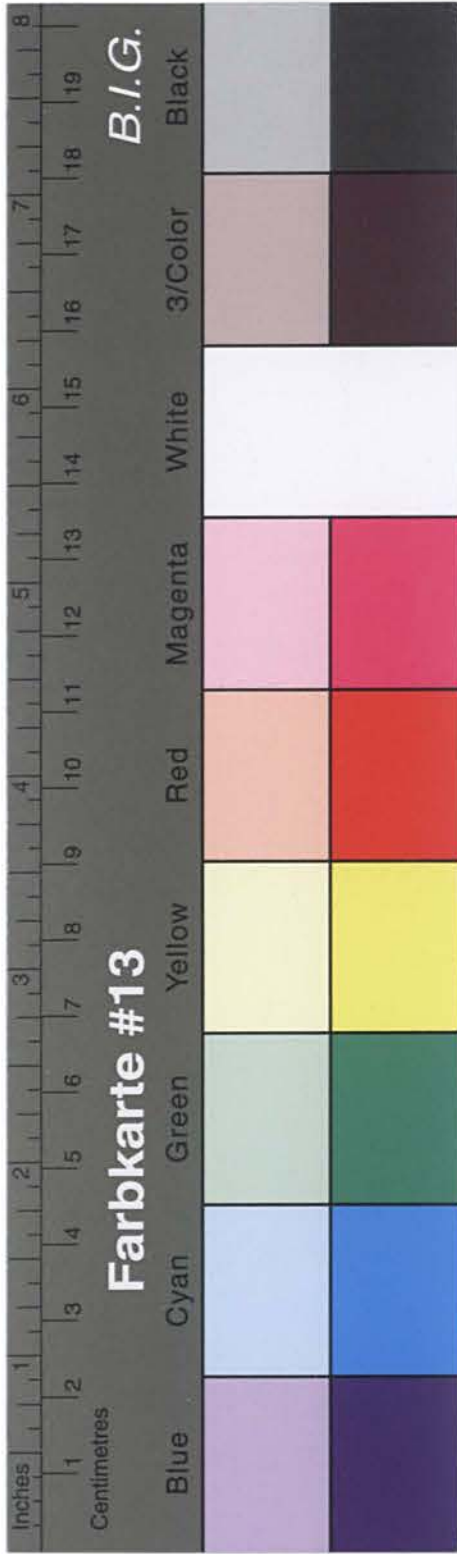
Ausweislich der eidesstattlichen Erklärung vom 16.4.52 war die Antragstellerin Irma Raddatz von 1934 - 1936 Mitglied der HJ. Polizeilich gemeldet ist sie seit dem 4.5.47 in Schönningstedt. Wie aus der Meldebesccheinigung der Amts- und Gemeindeverwaltung Schönningstedt ersichtlich.

In der Anlage zum Antrag führt die Antragstellerin aus, dass sie ausweislich der Bescheinigung des Herrn Dr. Rohde in Stettin vom 16.4.44 infolge akuter Nervenüberreizung s. Zt. psychisch nicht in der Lage war, den Schulunterricht fortzusetzen. Eine Ausspannung für einige Wochen war dringend erforderlich.

In den Ausführungen der Beilage ist gesagt, dass die Antragstellerin im Jahre 1940 als einzige Lehrkraft die Volksschule Stöven bei Stettin verwaltete. Diese Schule war zeitweise ohne Lehrkraft gewesen und daher sehr vernachlässigt. Im Herbst des Jahres 1940 sei während des Unterrichts eine Arbeiterfrau erschienen und habe die Antragstellerin in den Haaren gezerrt und mit den Fäusten ins Gesicht und auf den Kopf geschlagen. Aus welchem Grunde diese Körperverletzung erfolgte, hat die Antragstellerin nicht ausgeführt. Es ist daher nicht erwiesen, dass diese Massnahme aus polit. Gründen erfolgte. Es muss vielmehr angenommen werden, dass dieses auf persönliche Differenzen zurückzuführen war. Die Arbeiterfrau ist auf Grund dieser Gewalttaten zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Durch diesen Überfall ist die Antragstellerin nach ihren Darstellungen zusammengebrochen. Ärztliche Behandlung hat sie nicht in Anspruch genommen. Später hat die Antragstellerin häufig Vertretungen verwalteter Schulen erhalten. Sie hat nach dem Vorfall im Herbst 1940 ein eingeschüchtertes Wesen gegenüber früher an den Tag gelegt und erklärt, dass ihr die sonstigen Verwaltungsarbeiten neben den statistischen Angaben aus den zurückliegenden Jahren Schwierigkeiten und schlaflose Nächte bereiteten. Solche Erscheinungen sind jedoch zur damaligen Zeit mit den Zeitverhältnissen abgetan worden. Sie führt dieses jedoch vielmehr auf die Folgen des Überfalles an.

Im Jahre 1944 will die Antragstellerin eine Besichtigung durch den





# Kreisarchiv Stormarn B2

Oberschulrat aus Stettin erhalten haben. Sie sei bei dieser Gelegenheit auch bezüglich ihrer Parteizugehörigkeit befragt worden. Da sie jedoch keiner polit. Partei angehörte, wurden ihr nicht unerhebliche Vorhaltungen gemacht und ihr angedroht, eine verschärfte zweite Lehrerprüfung erwarten zu müssen. Da sie befürchtete, diese zweite Prüfung nicht zu bestehen, machte sie am 16.4.44, zwei Tage vor Schulbeginn nach den Osterferien, den Versuch des Gastodes. Am 19.4.44 hat sie sich alsdann zur Aufnahme in die Partei beworben. Ihre Aufnahme konnte jedoch mit Rücksicht auf die grundsätzlich angeordnete Sperre nicht erfolgen. Auf die Ausführungen in der ab-schriftlich vorliegenden Mitteilung der WSDAP.- Ortsgruppe Stettin Tornay vom 6.5.44 wird verwiesen. Persönliche Gründe, die die Aufnahme nicht zuließen, lagen somit nicht vor. Im Jahre 1947 erlitt sie einen zweiten Nervenzusammenbruch und wurde dieserhalb mehrere Monate im Krankenhaus Langenhorn behandelt. Zur damaligen Zeit war sie bereits als Beamtin auf Widerruf in den Schuldienst des Landes Schleswig - Holstein übernommen und der Schule in Reinbek zugeteilt. Am 11.8.50 erlitt sie abermals einen Nervenzusammenbruch und versuchte aus dem Leben zu scheiden, indem sie sich vor einen fahrenden Zug warf und hierbei außer Kopfverletzungen den linken Arm verlor. Dass diese Nervenzusammenbrüche im ursächlichen Zusammenhang mit polit. Massnahmen, insbesondere im Zusammenhang mit der angedrohten verschärften zweiten Prüfung zurückzuführen sind, hat die Antragstellerin nicht erbracht. Es ist auch unwahrscheinlich, dass polit. Massnahmen bei den eingetretenen Nervenzusammenbrüchen eine Rolle spielten. Jedenfalls ist dieses lediglich von der Antragstellerin behauptet aber in keiner Weise durch Aussagen oder sonstige Belege untermauert. Dem Antrage auf Anerkennung als Verfolgte im Sinne des Gesetzes vom 4.3.48 konnte daher kein Erfolg beschieden sein.

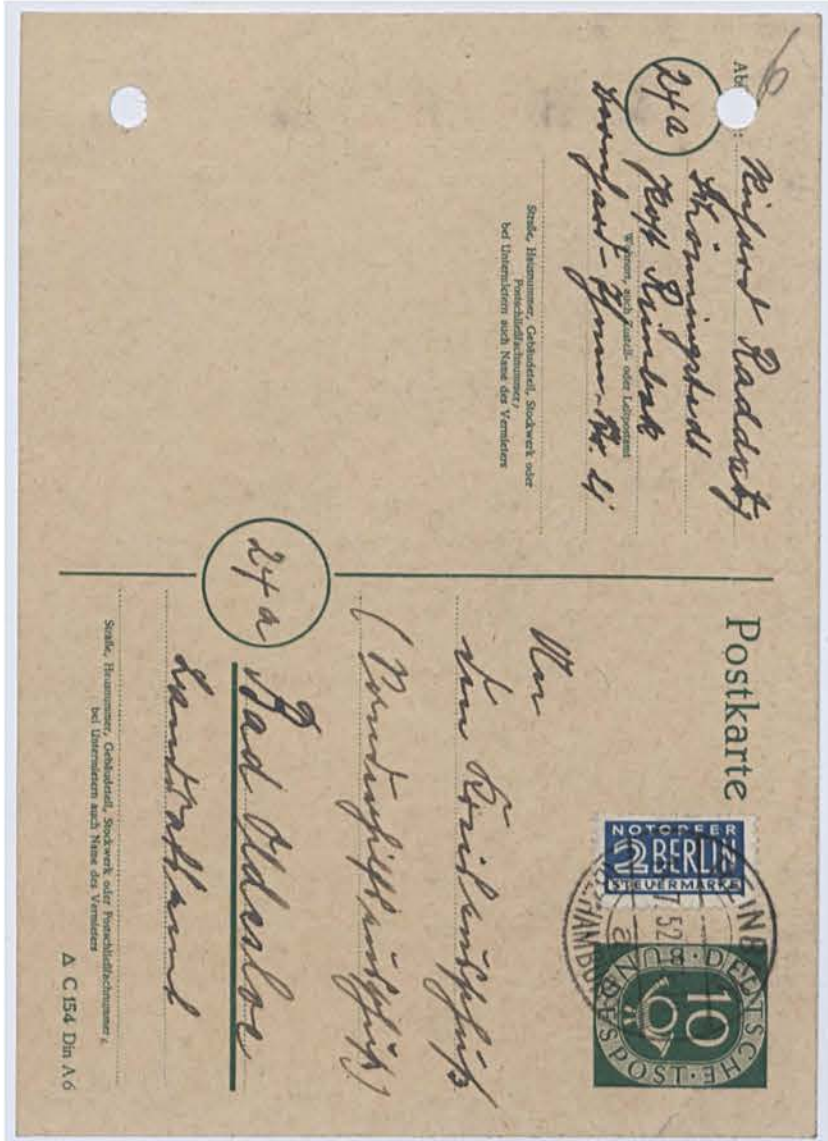
Gegen diesen Bescheid ist der Antragstellerin das Rechtsmittel der Beschwerde an den Sonderhilfeausschuss des Landes in Kiel innerhalb eines Monats nach Zustellung gegeben. Eine etwaige Beschwerde wäre bei dem Kreissonderhilfeausschuss Stormarn in Bad Oldesloe einzureichen.

gez. Siege

gez. Gering

gez. Hilmann

Ausgefertigt  
Bad Oldesloe, den 6. November 1952









# Protokoll

der 95. Sitzung des Kreiseonderhilfeausschusses Stornarn am 5. Dezember 1952.

Es waren anwesend:

- |                     |                   |
|---------------------|-------------------|
| 1. Herr Siege,      | Vorsitzender      |
| 2. Herr Rughase,    | stellv. Beisitzer |
| 3. Frau Hilmann,    | Beisitzerin       |
| 4. Herr Dabelstein, | Geschäftsführer.  |

Vorlage: Beschwerde der Irma R a d d a t z in Reimbek gegen den Beschluss des Kreissonderhilfenseusschusses hinsichtlich des Verweigerns der Anerkennung als polit. Verfolgte.

Beschluss: Der Kreiskonferenzhilfeausschuss beschliesst einstimmig, die Beschwerde der Fräulein Reddatz, vertreten durch ihren Vater, als unbegründet zurückzuweisen.  
Neue Tatsachen, die eine Anerkennung rechtfertigen könnten, sind von der Beschwerdeführerin nicht vorgebracht. Es wird daher beschlossen, es bei der Entscheidung vom 3.7.52 zu belassen.

Vorsitzender

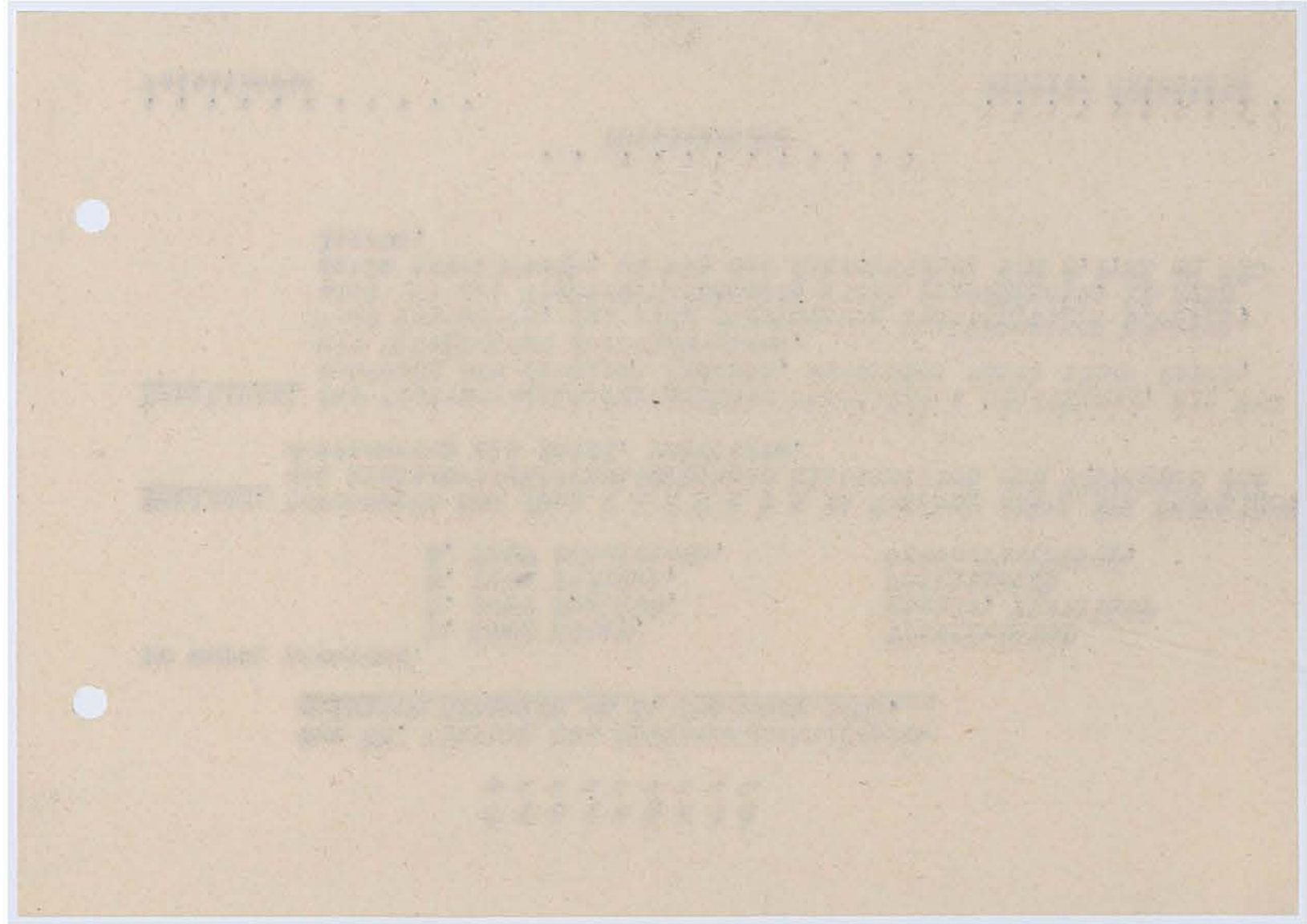
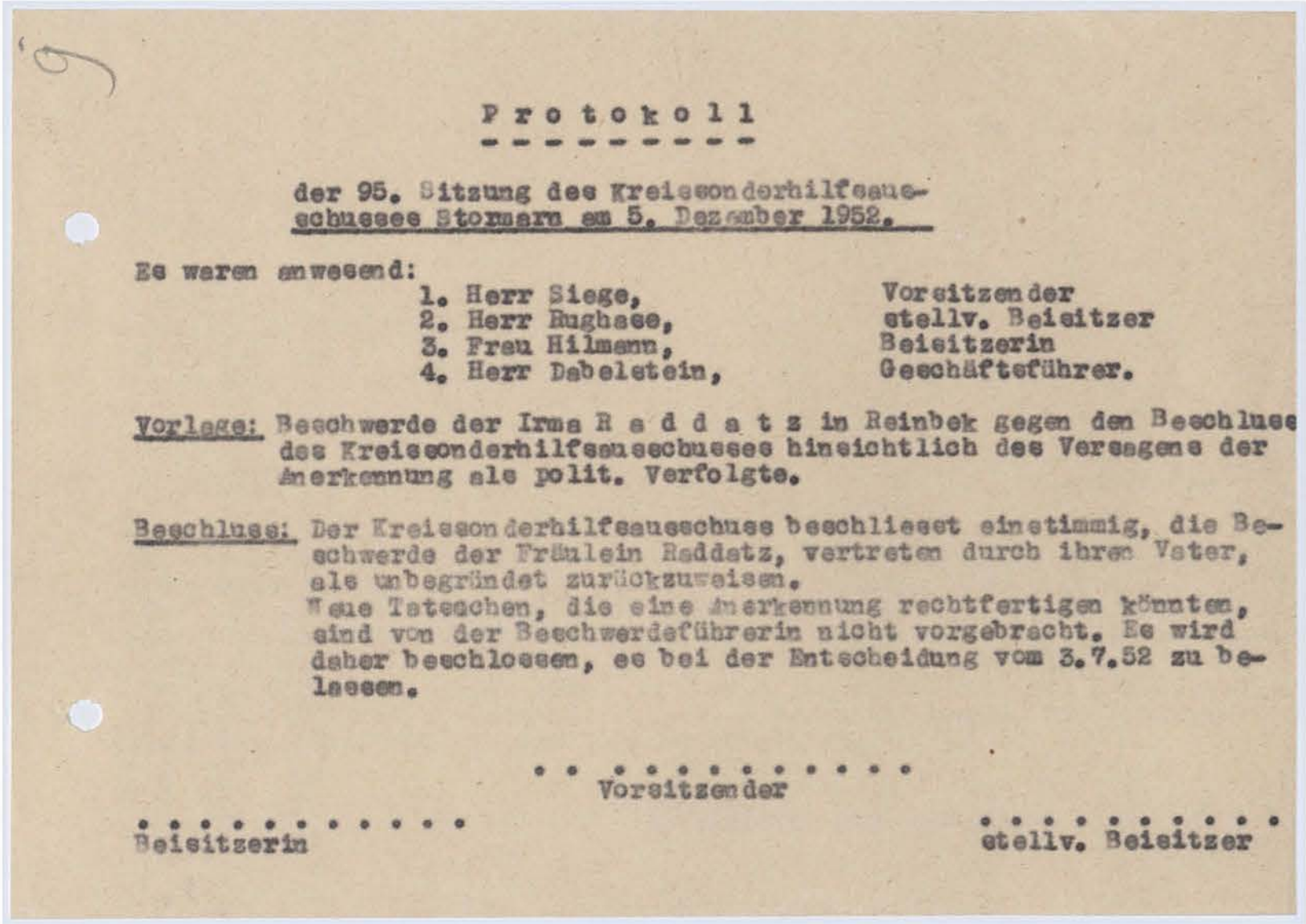
Beisitzerin

stellv. Beisitzer

Kreisarchiv Stormarn B2



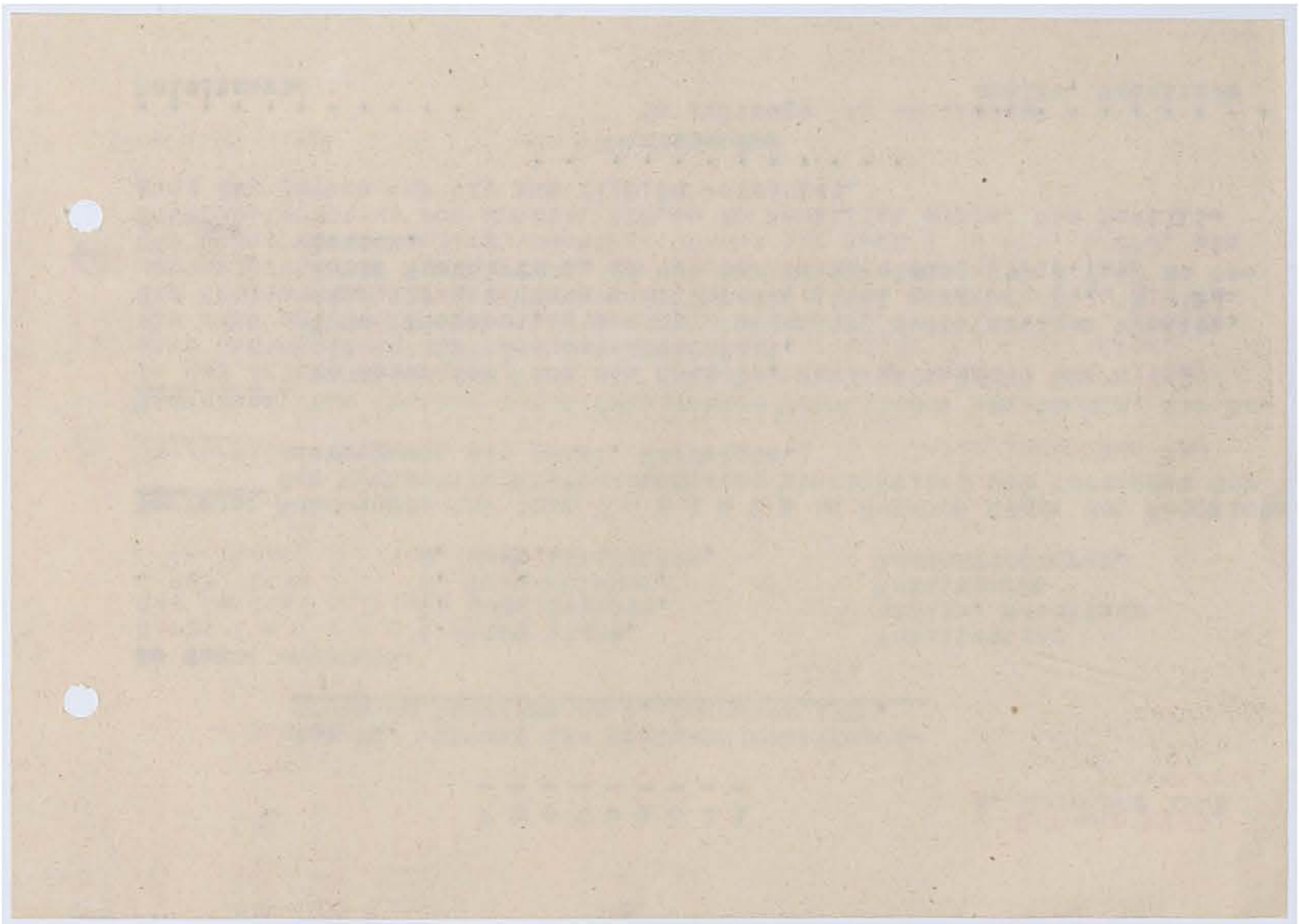
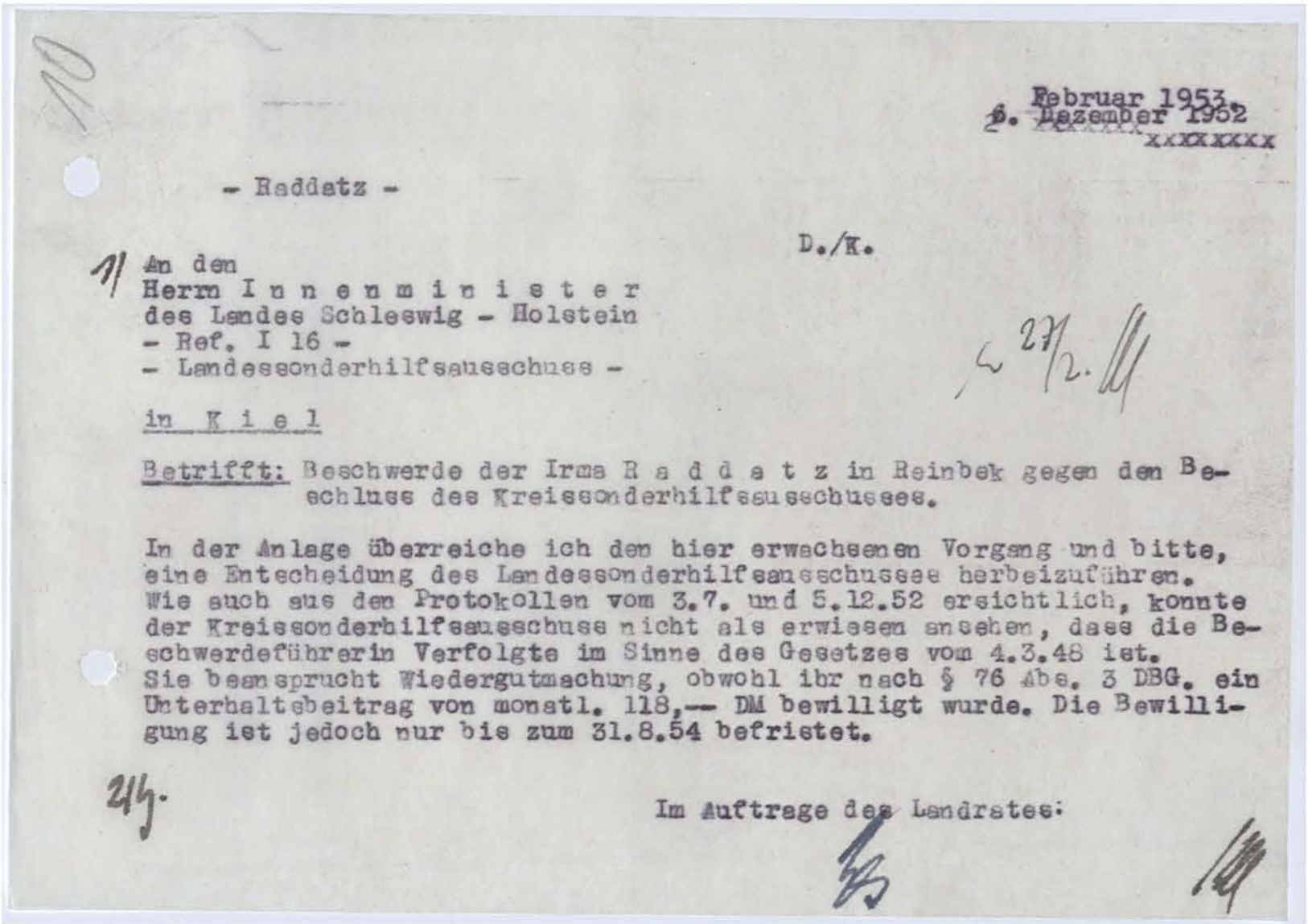




Kreisarchiv Stormarn B2



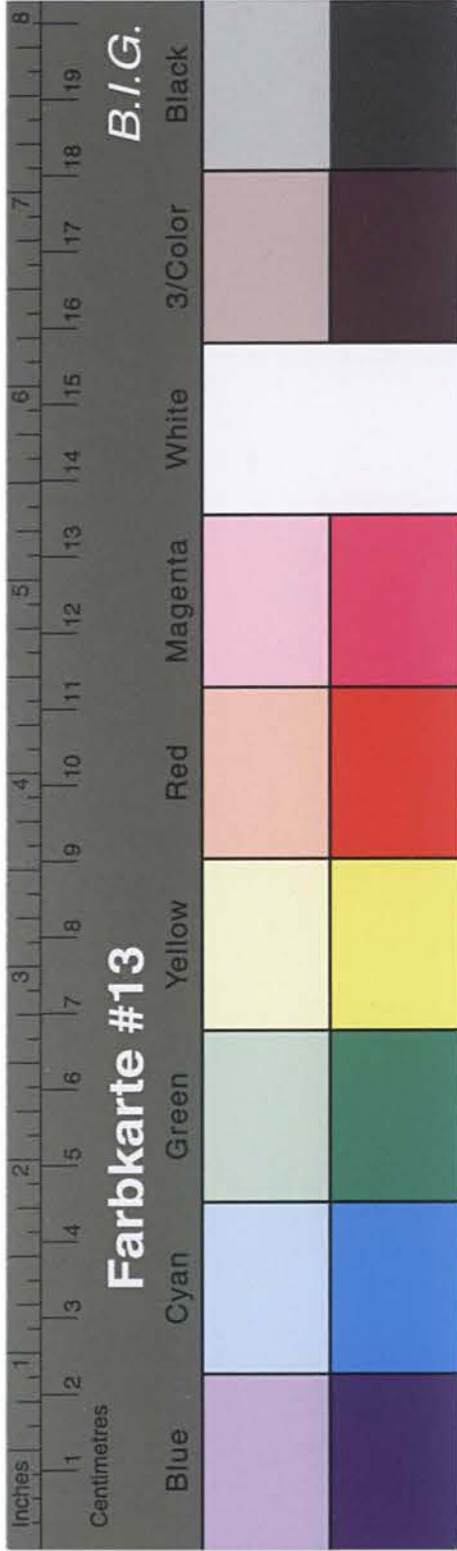




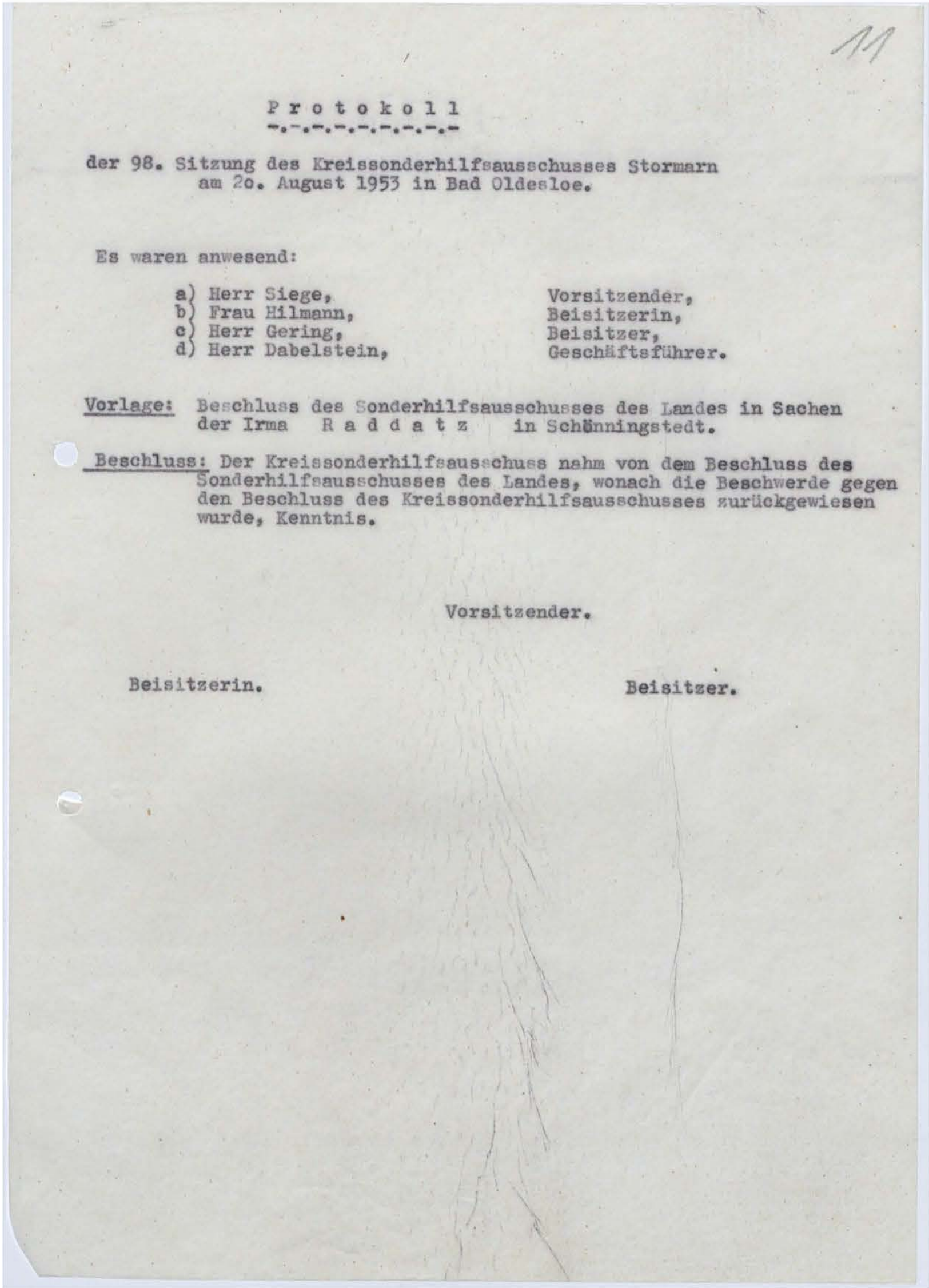
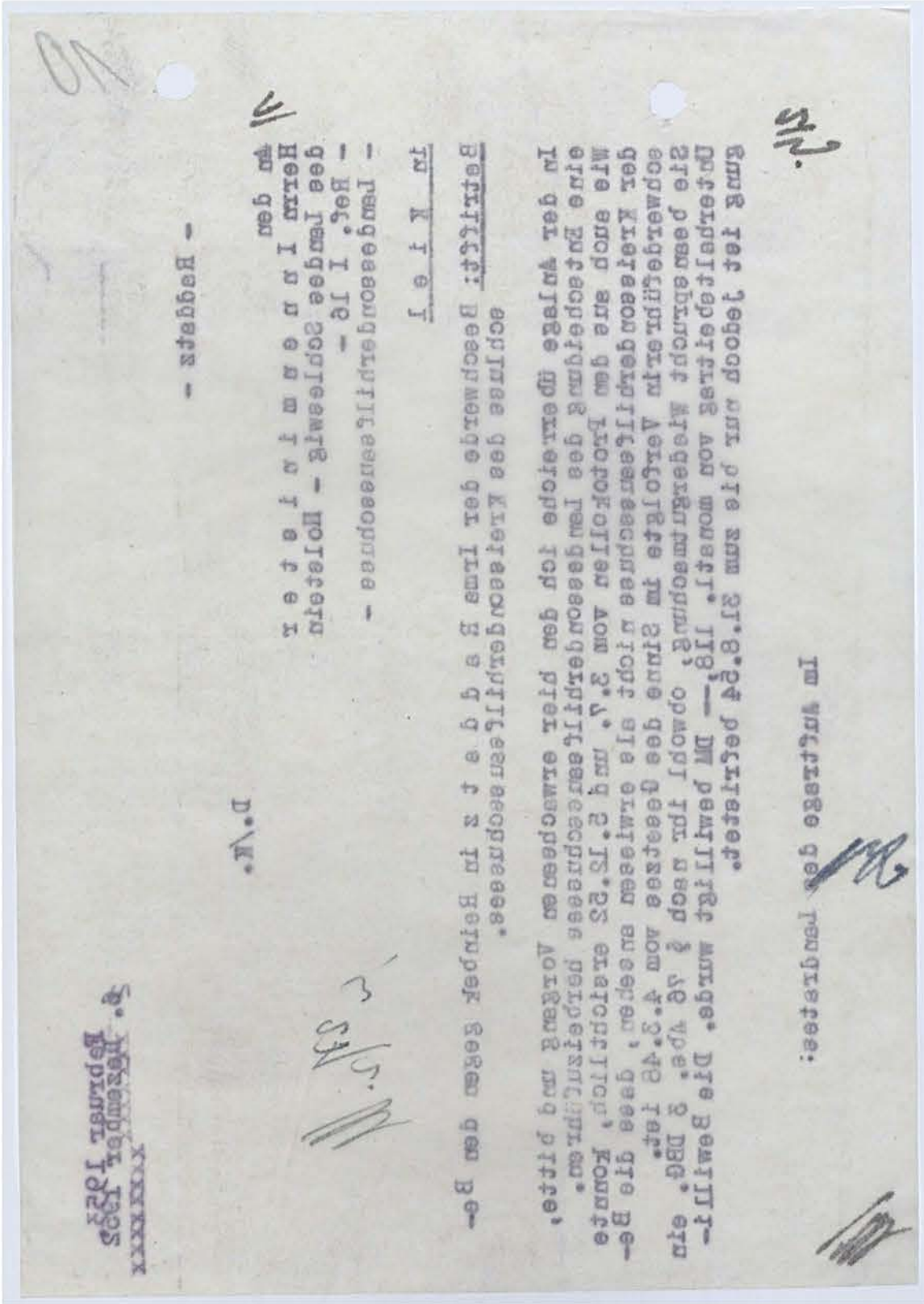
Kreisarchiv Stormarn B2



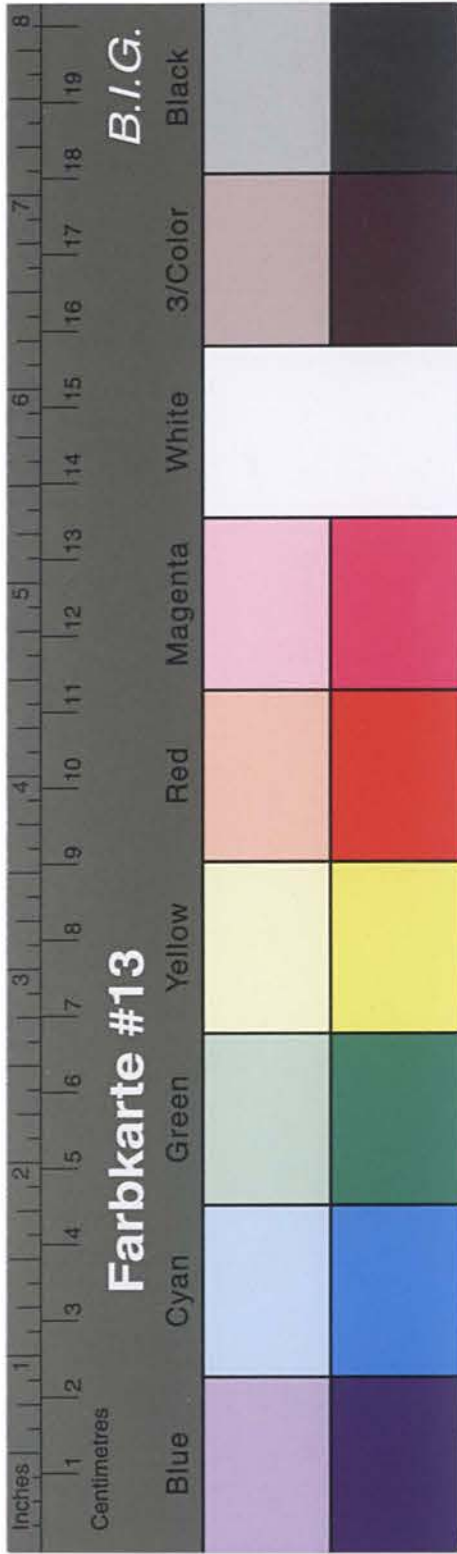




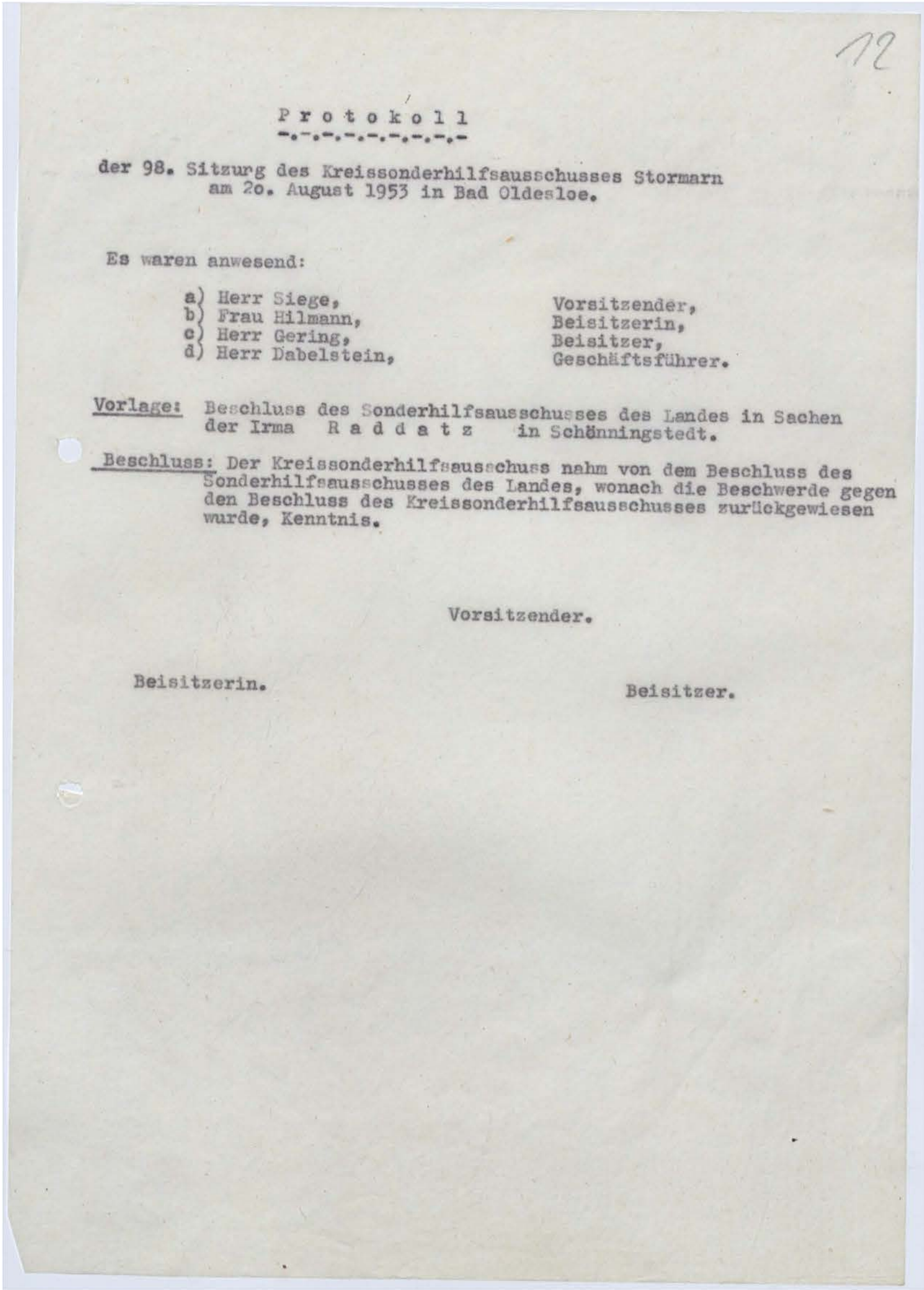
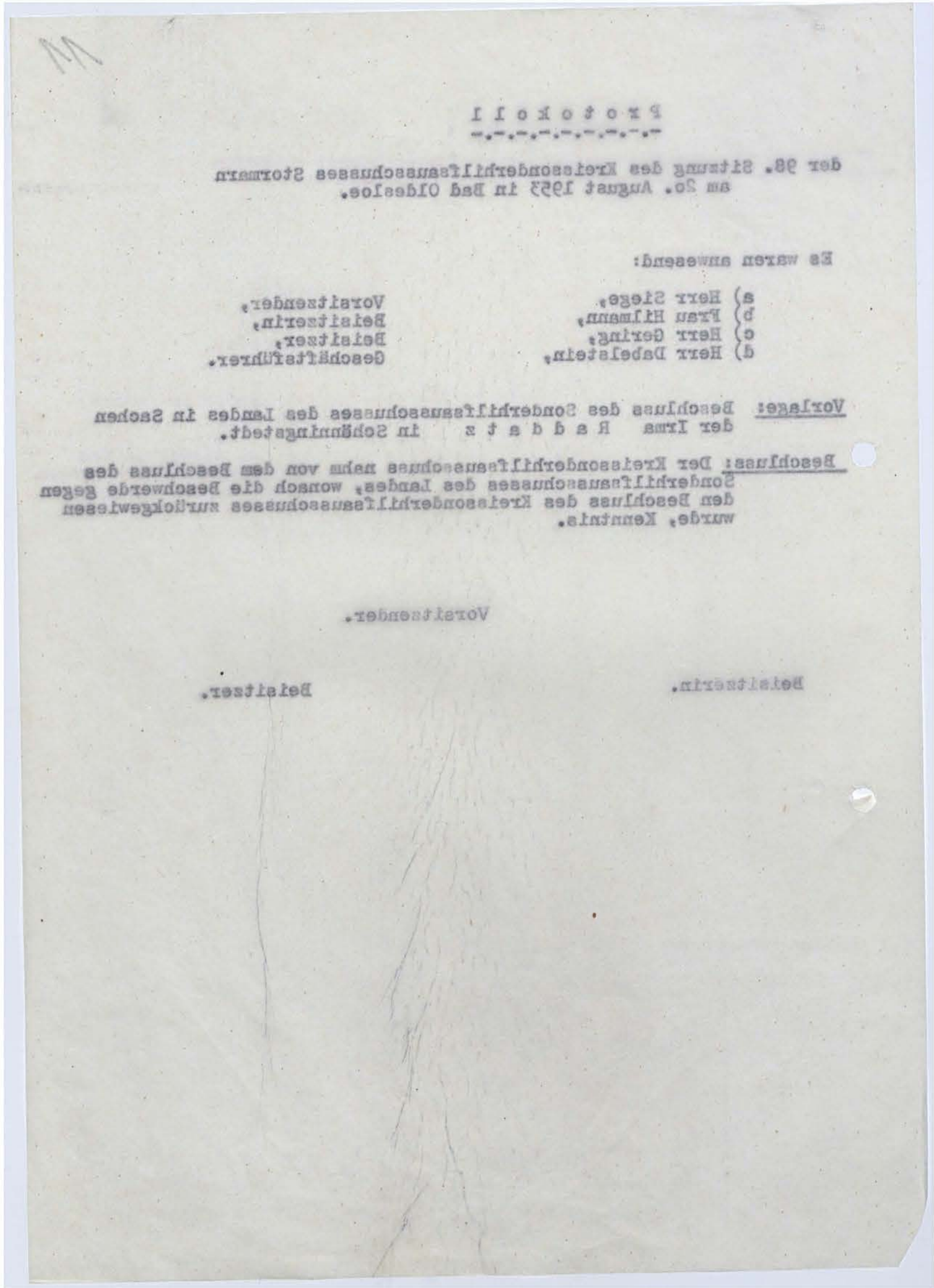
# Kreisarchiv Stormarn B2







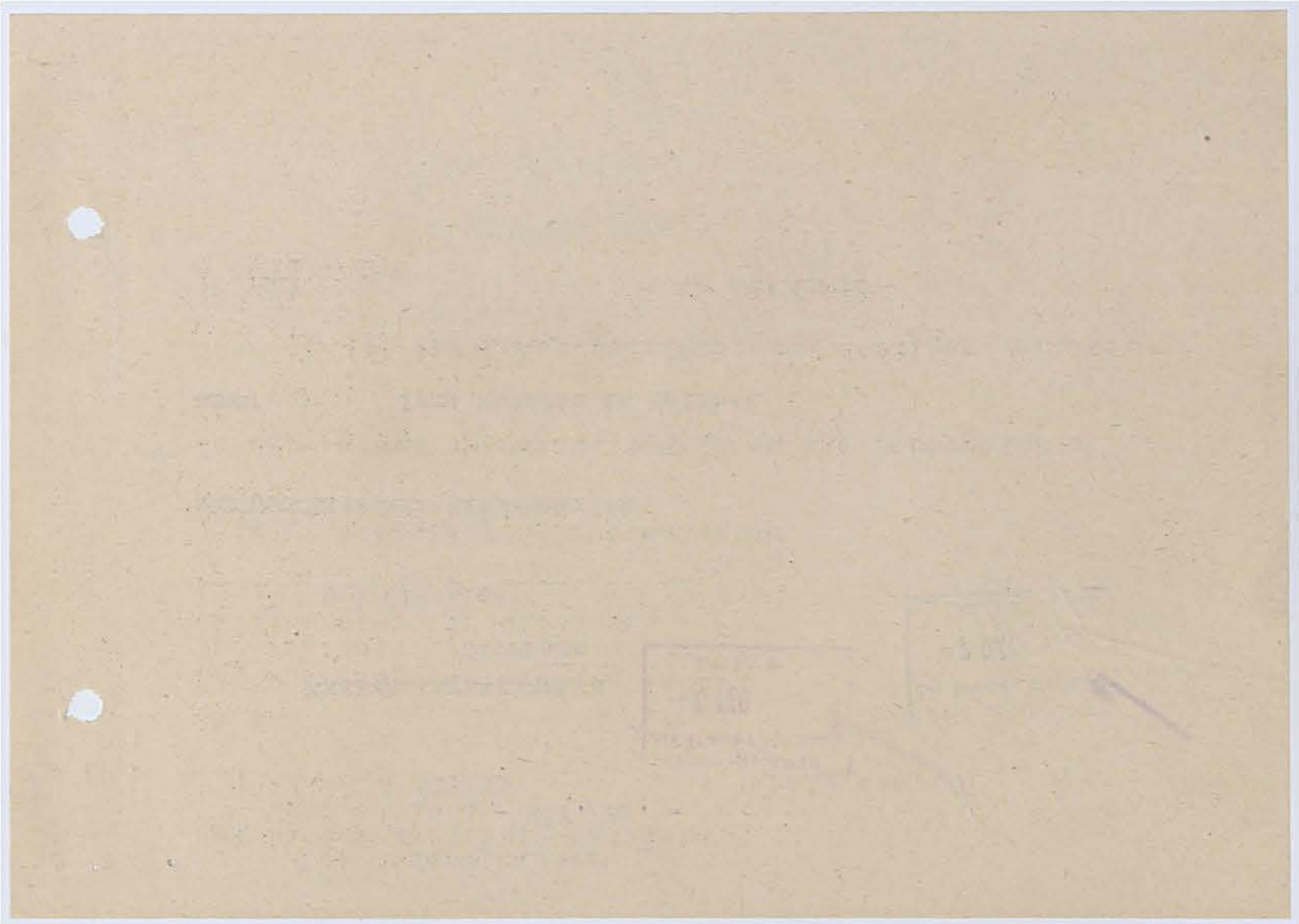
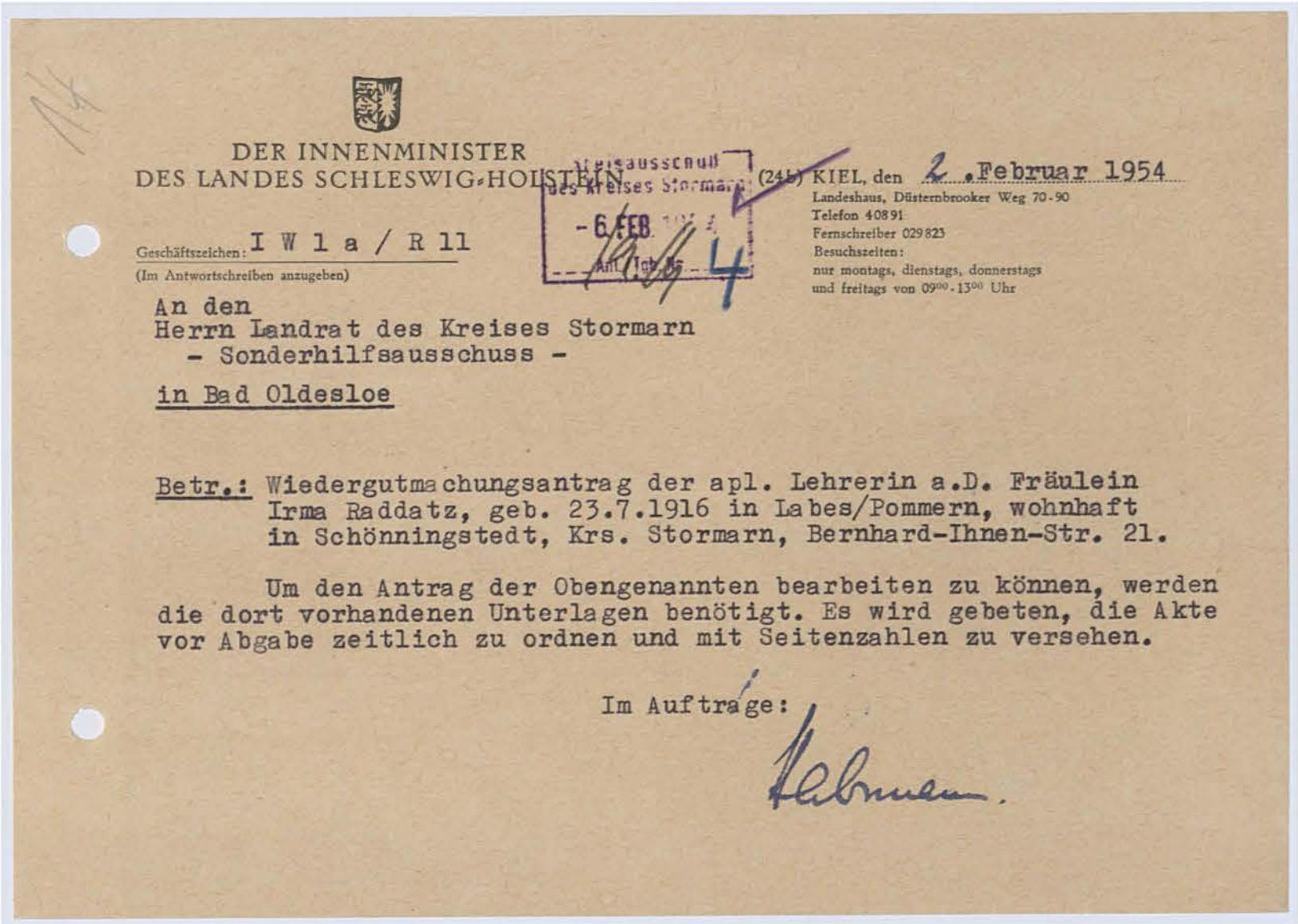
# Kreisarchiv Stormarn B2







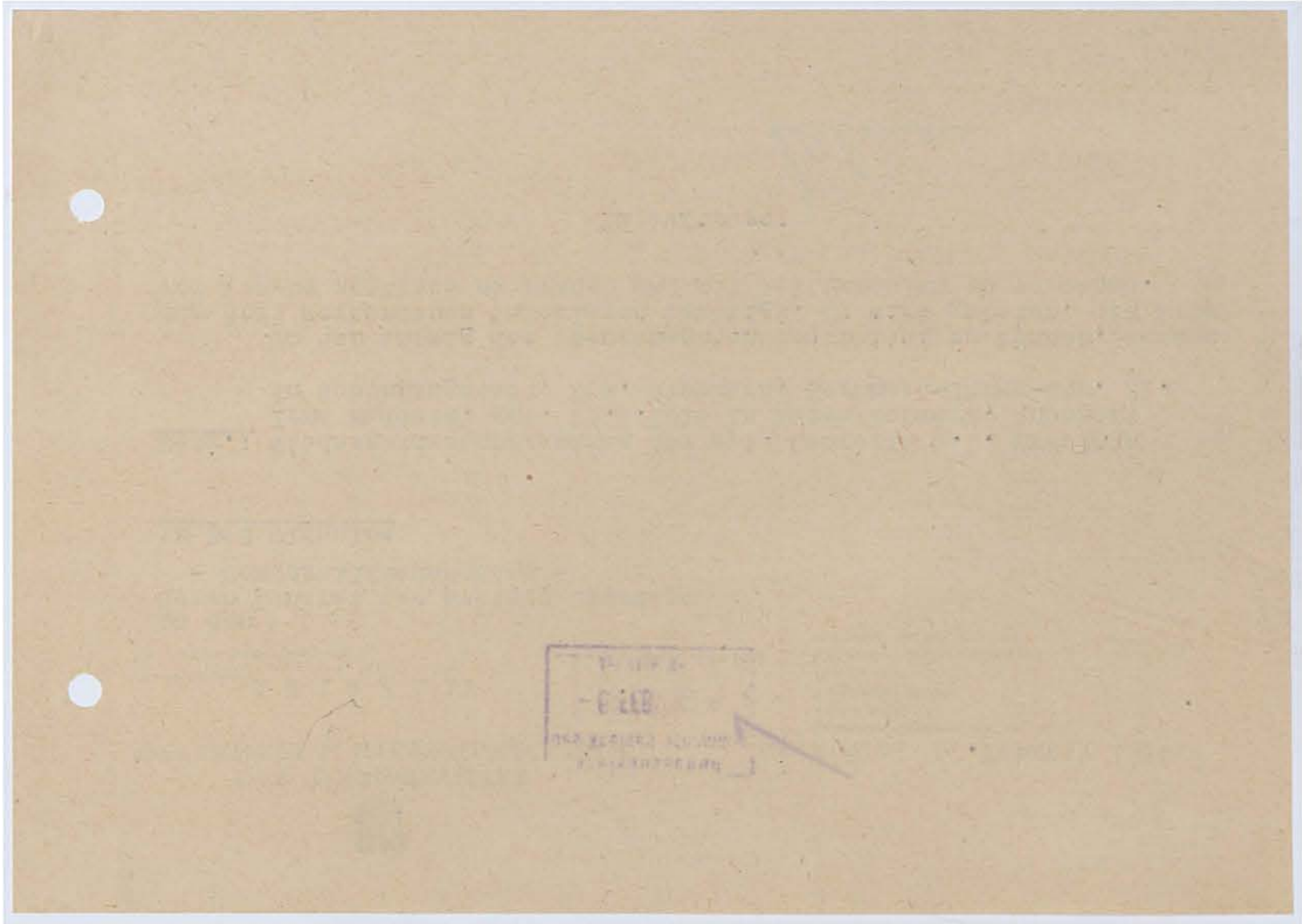
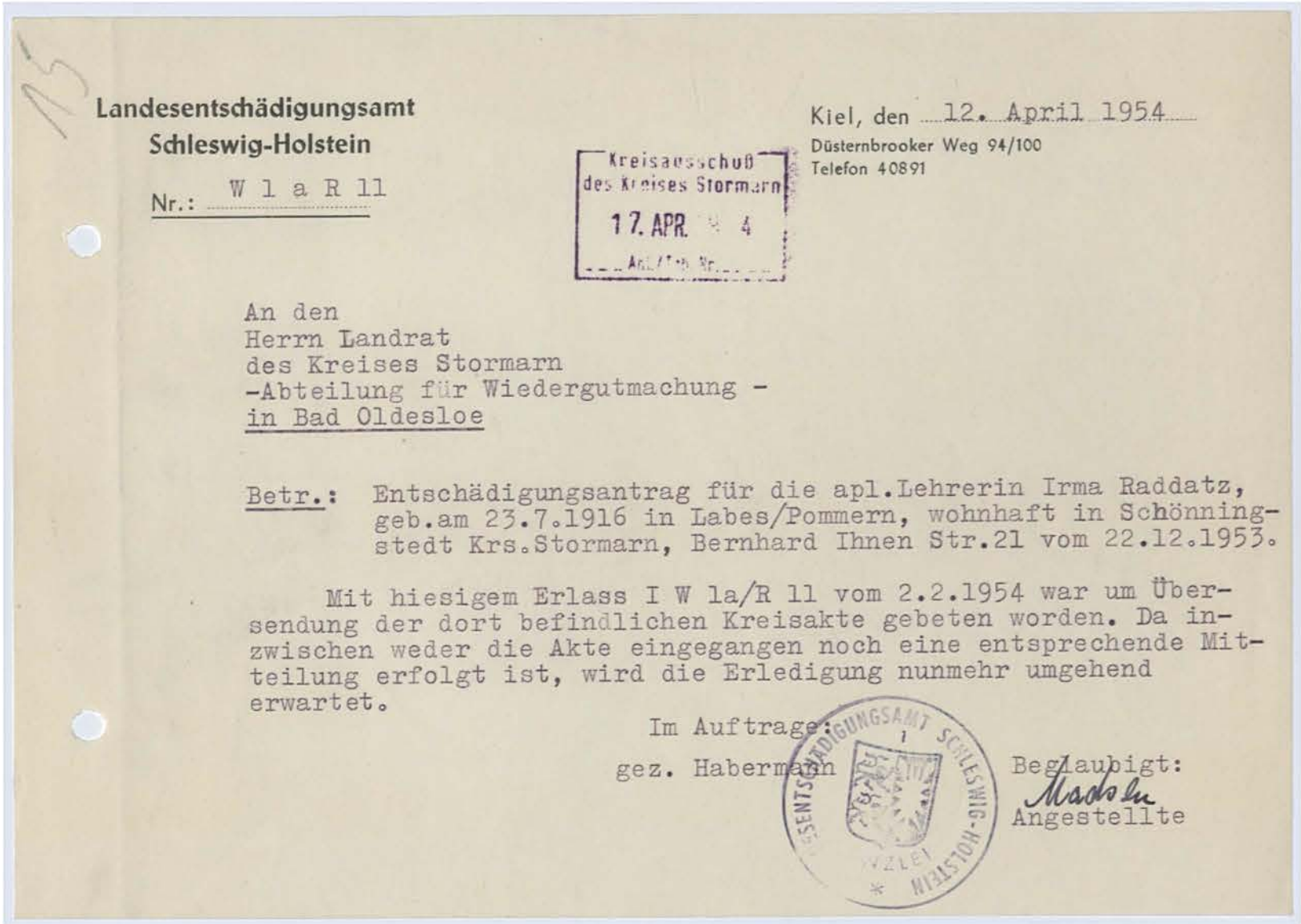




Kreisarchiv Stormarn B2







Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisentschädigungsamt  
4-1/9 Raddatz -D./-

K i e l .

R a d d a t z      In der Wiedergutmachungssache der apl. Lehrerin Irma  
                      in Neu-Schönningstedt

-Aktenzeichen: R. 11 -

Überreiche ich anliegend wunschgemäss meine Handakten mit der Bitte um Rückgabe nach Entscheidung.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2





172

Irma Raddatz  
Lehrerin a.D.  
Schönningstedt, Post Reinbek  
Bernhard-Ihnen-Str. 21

Schönningstedt, den 19.4.54

4-7/8

An  
die Kreisverwaltung  
-Abt. Wiedergutmachung-  
Bad Oldesloe

Kreisausschuss  
des Kreises Stormarn  
21. APR. 54

Die Unterzeichnete bittet um Übersendung eines Entschädigungsformulars zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung gemäß Bundes-ergänzungsgesetz -B.E.G. vom 18.9.1953- Freiumschlag beigelegt.

Irma Raddatz

172

Im Auftrag:

Bittet um Rückgabe nach Entschädigung.  
Kreisausschuss des Kreises Stormarn  
-Kreisausschuss: B. II -

172

In der Kreisverwaltung  
In der Kreisverwaltung des Kreises Stormarn  
Kreisausschuss  
-Kreisausschuss: B. II -  
des Kreises Stormarn  
In der Kreisverwaltung  
An den Herrn  
Kreisausschuss des Kreises Stormarn  
Kreisausschuss des Kreises Stormarn

172

172

Kreisarchiv Stormarn B2





18

27. April 1954

Kreisentschädigungsamt  
4-1/9 - Raddatz -

D./Ri.

Fräulein  
Irma R a d d a t z  
in R e i n b e k  
-----  
Bernhard-Ihnen-Str. 21

In Ihrer Wiedergutmachungsangelegenheit habe ich Ihr Schreiben vom 19. d. Mts. erhalten und sende Ihnen wunschgemäß zwei Antragsvordrucke zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung mit der Bitte, beide Vordrucke auszufüllen und mir wieder einzureichen.

Im Auftrage:

Irma Raddatz

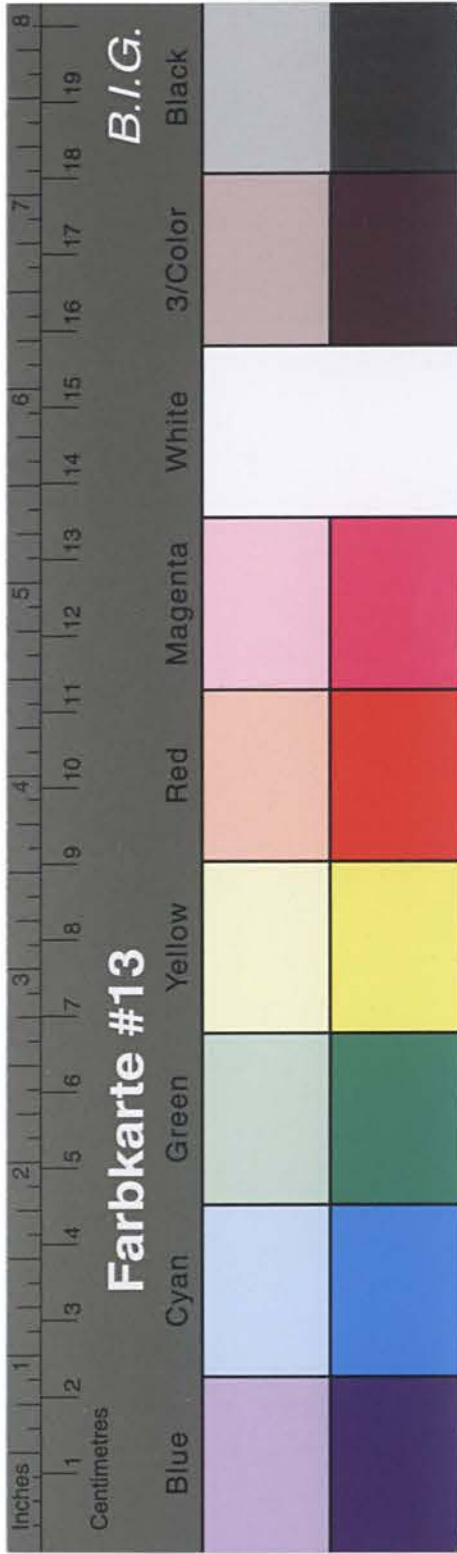
4-1/8

Farbkarte #13

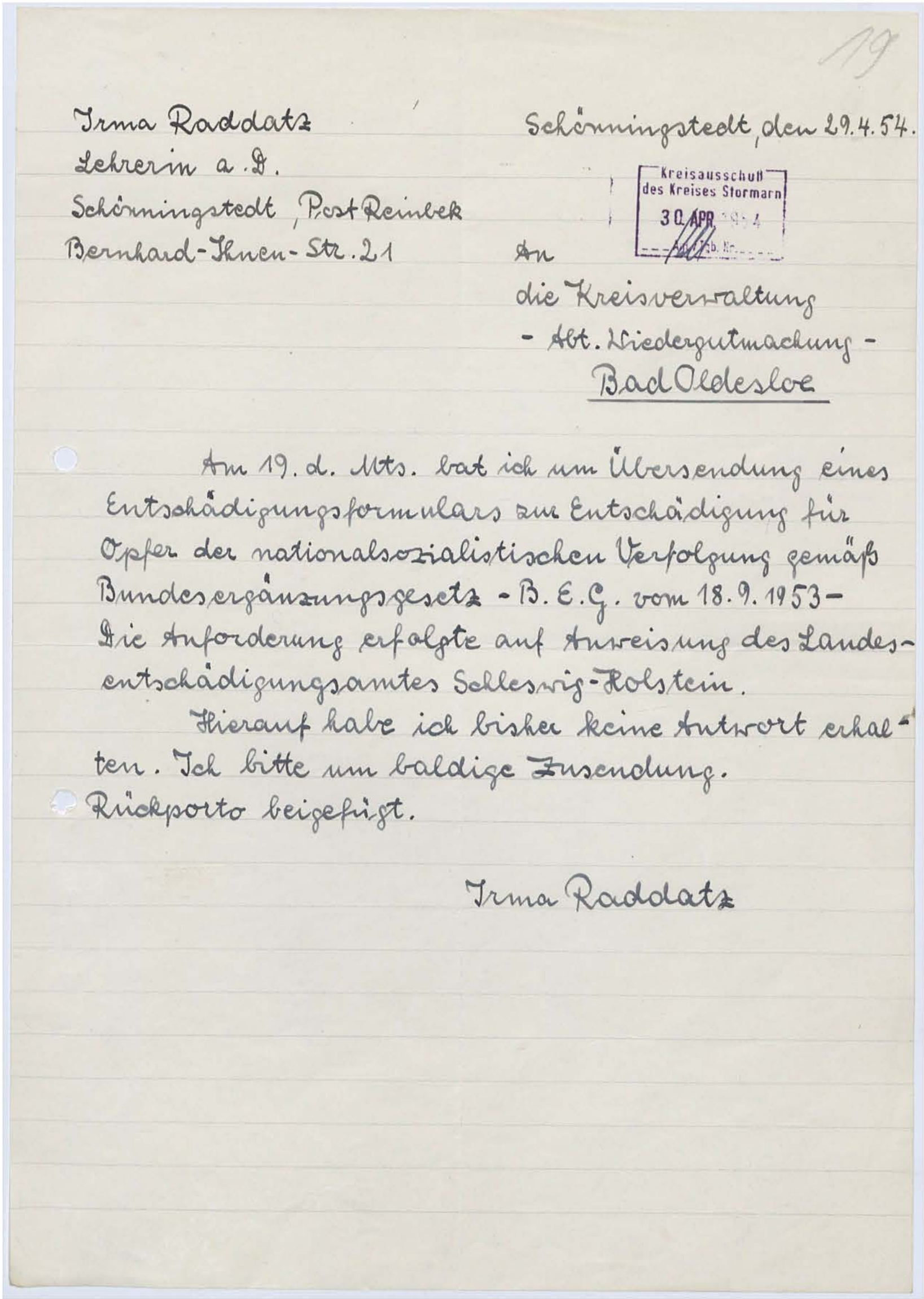
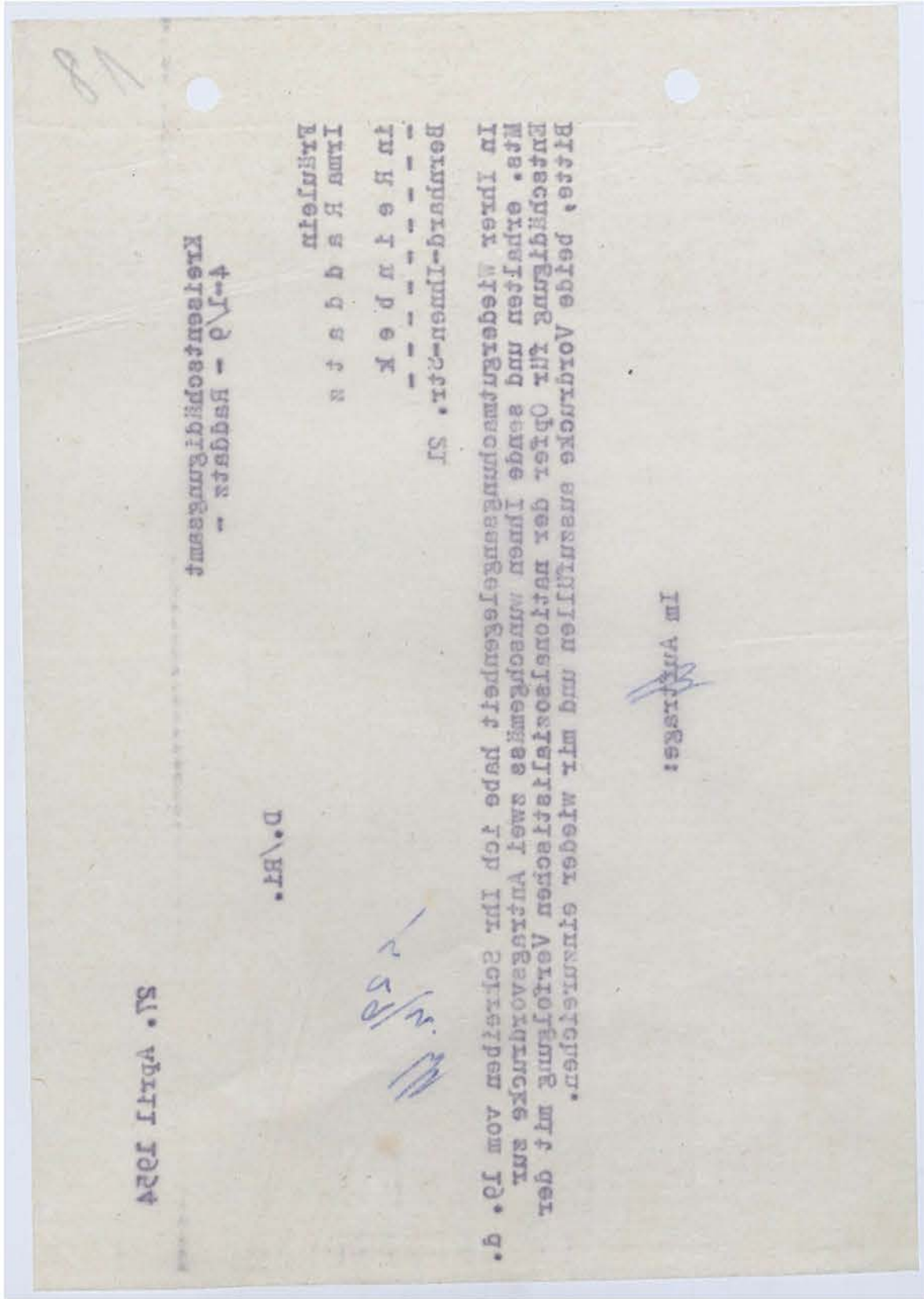
Kreisarchiv Stormarn B2







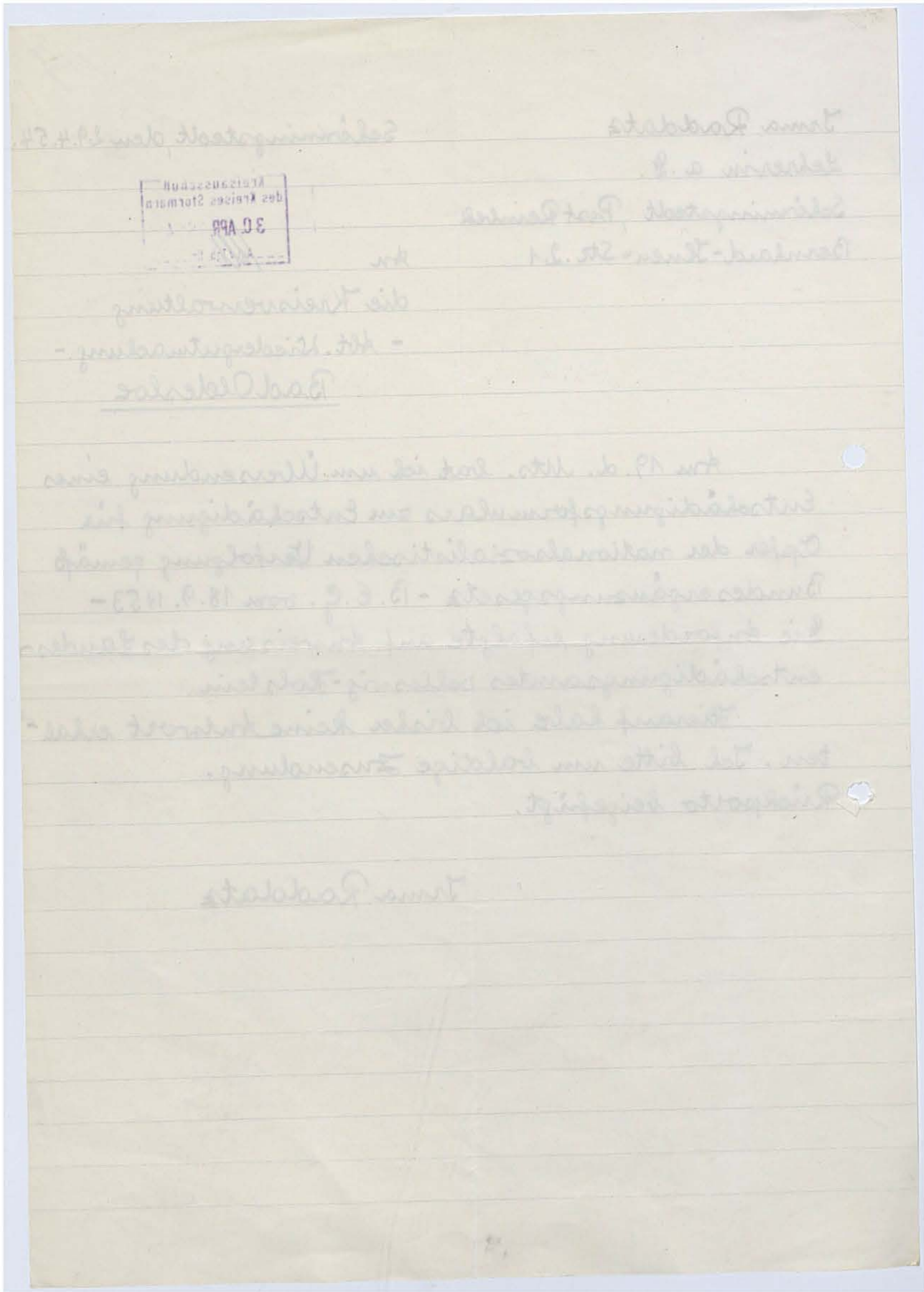
# Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2



20

## ZWEIT SCHRIFT

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!  
In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!  
Nicht Zutreffendes streichen!

(Eingangsstempel)  
*Einschreiben!*  
*7. 7/5*

mit ..... Anlagen

Nr. ....

Empfangsbestätigung erteilt am .....

### Antrag

auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG)  
vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

#### I. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: RADDATE

Vornamen: IRMA JOHANNA MAGDALENA  
Geburtstag und -ort (Kreis, Land): 23. 7. 1916 LABES SCHÖNNINGSTEDT POST REINBEK  
KREIS REGENWALDE POMMERN KR. STORMARN SCHLESWIG-HOLSTEIN  
Familienstand: Led. / ~~verh.~~ / ~~wid.~~ / ~~ges.~~ BERNHARD- IHNEN- STR. 21  
Anzahl der Kinder:     Alter der Kinder:      
Staatsangehörigkeit: frühere: DEUTSCH jetzige: DEUTSCH

2. Beruf:  
Erlernter Beruf: LEHRERIN  
Jetzige berufliche Tätigkeit: ERWERBSUNFÄHIG IM HAUSHALT DER ELTERN TÄTIG  
WEGEN AMPUTATION DES LINKEN OBERARMS BIN ICH AUF FREMDE HILFE ANGEWIESEN

3. Sind Sie selbst verfolgt worden?  
Wenn ja: UND  
Wegen Ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? ja / nein

Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:  
ENTFÄLLT

#### II. Verfolgte(r)

(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableiten)

1. Name: ENTFÄLLT

Vornamen:      
Geburtstag und -ort (Kreis, Land):     Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land):      
             
    (Straße und Haus-Nr.)  
gestorben am:      
in (Kreis, Land):      
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung:      
Staatsangehörigkeit: frühere:     letzte:    

2. Beruf:  
Erlernter Beruf:      
Letzte berufliche Tätigkeit:    

3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?





ENTFÄLLT		
----------	--	--





# Kreisarchiv Stormarn B2

- 4 -

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ☒ / nein

Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

**ENTFÄLLT**

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen...
<b>ENTFÄLLT</b>	

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? ☒ / nein

VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterb- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

**ENTFÄLLT**

wurden bereits an \_\_\_\_\_ (Behörde) oder \_\_\_\_\_ (Gericht) \_\_\_\_\_ (Aktenzeichen) zu \_\_\_\_\_ -Verfahren eingereicht.

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wesentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

**SCHÖNNINGSTEDT**, den **12. MAI 1954**

(Ort) (Datum)

**Irma Raddatz**  
(Unterschrift)

Dem Antrag sind \_\_\_\_\_ Anlagen beigelegt, und zwar:

1. \_\_\_\_\_
2. \_\_\_\_\_
3. \_\_\_\_\_
4. \_\_\_\_\_
5. \_\_\_\_\_
6. \_\_\_\_\_
7. \_\_\_\_\_
8. \_\_\_\_\_
9. \_\_\_\_\_
10. \_\_\_\_\_

Nachdruck verboten.

„Buchkunst“, Berlin W 35

22

Frei-ent-schä-digungs-amt  
4-1/9 Raddatz -D.-/-

An das  
Landesentschädigungsamt  
Schleswig-Holstein

K l e i n .

In der Wiedergutmachungssache FrL. Irma R a d d a t z  
in Schönningstedt

-Aktenzeichen: R 11 -

Im Auftrage:

überreiche ich anlegend den bei mir gestellten formularmäßigen Antrag auf Wiedergutmachung mit der Bitte um die dortige Entscheidung.

12/5. 4

18. Mai 1954.



23

23. Januar 1956

Kreisentschädigungsamt  
4 - 1/9 - Raddatz -

Da/Fu

An das  
Landesentschädigungsamt  
Schleswig - Holstein  
in K i e l

In der Wiedergutmachungssache Frl. Irma R a d d a t z in Schönning-  
stedt, Aktenzeichen: - R 11 -

Übersandte ich am 18. Mai 1954 den Wiedergutmachungsantrag nach dem  
BEG sowie meine Handakten.

Frl. Raddatz hat jetzt den Antrag auf Wiedergutmachung nach dem Wie-  
dergutmachungsgesetz für Öffentlich Bedienstete gestellt. Um diesen  
Antrag prüfen zu können, bitte ich um Überlassung der dortigen Akten  
für kurze Zeit zur Einsichtnahme.

Sollte inzwischen eine Entscheidung über den Antrag gefallen sein, bit-  
te ich, eine Abschrift dieser Entscheidung zur Einsichtnahme beizufügen.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

mit Wiedergutmachung mit der Bitte um die dortige Einsichtnahme.  
gesandte ich am 18. Mai 1954 den Wiedergutmachungsantrag  
nach dem BEG sowie meine Handakten.

Aktenzeichen: - R 11 -

In der Wiedergutmachungssache Frl. Irma R a d d a t z  
in Schönningstedt

K i e l

Schleswig-Holstein  
Landesentschädigungsamt  
an das

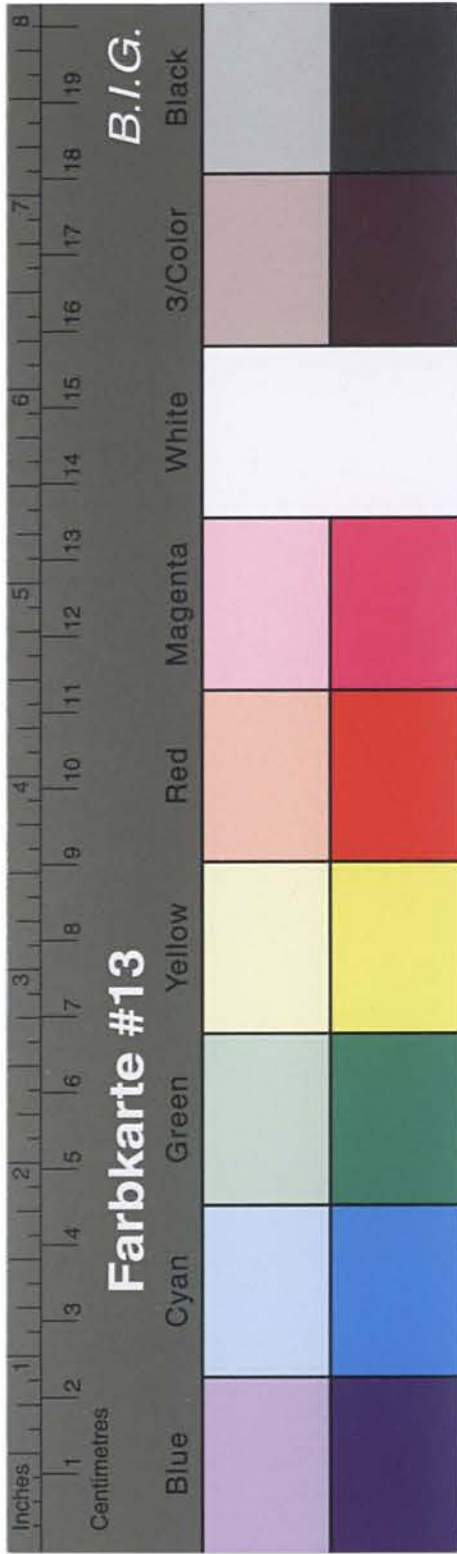
4 - 1/9 Raddatz - R -  
Kreisentschädigungsamt

18. Mai 1954

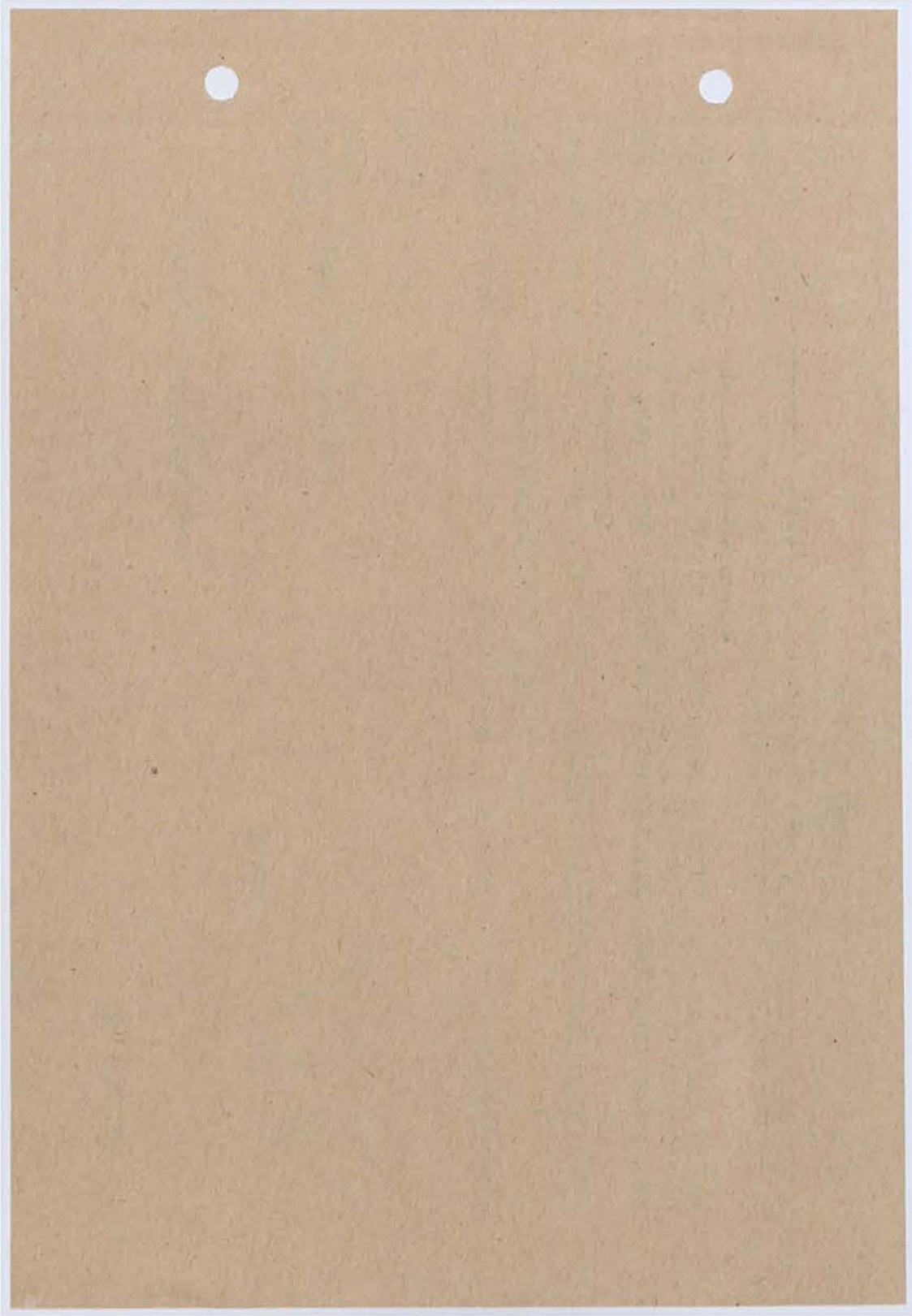
Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2



Landesentschädigungsamt  
Schleswig-Holstein

Nr.: W1a1 - R 11 -

Kiel, den 7. Februar 1956 24

Kreisarchiv Stormarn  
13 FEB 19 56

Kiel, den 7. Februar 1956  
Gartenstraße 7  
Telefon 4 79 31  
Sprechstunden nur dienstags von 9 - 12 Uhr

An den  
Landrat des Kreises  
Stormarn  
-Kreisentschädigungsamt-  
Bad Oldesloe

Einschreiben !

Betr.: Entschädigungsverfahren nach dem Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18.9.1953 (BGBl. I S. 1387) des Frl. Irma R a d d a t z aus Schönningstedt

Bezug: Dortiges Schreiben vom 23.1.1956 - 4-1/9 - Raddatz -

Anlg.: 3 Akten (R 11, R 11a, R 11p)

Beigefügt werden die gewünschten Akten übersandt. Eine Entscheidung über den geltend gemachten Gesundheitsschaden gemäß BEG ist noch nicht getroffen, da zunächst nach dem BWGöD entschieden werden soll ( Vermerk vom 22.11.54, Bl. 14 der Akte R 11).

Nach Erledigung wird um Rückgabe der Akten gebeten.

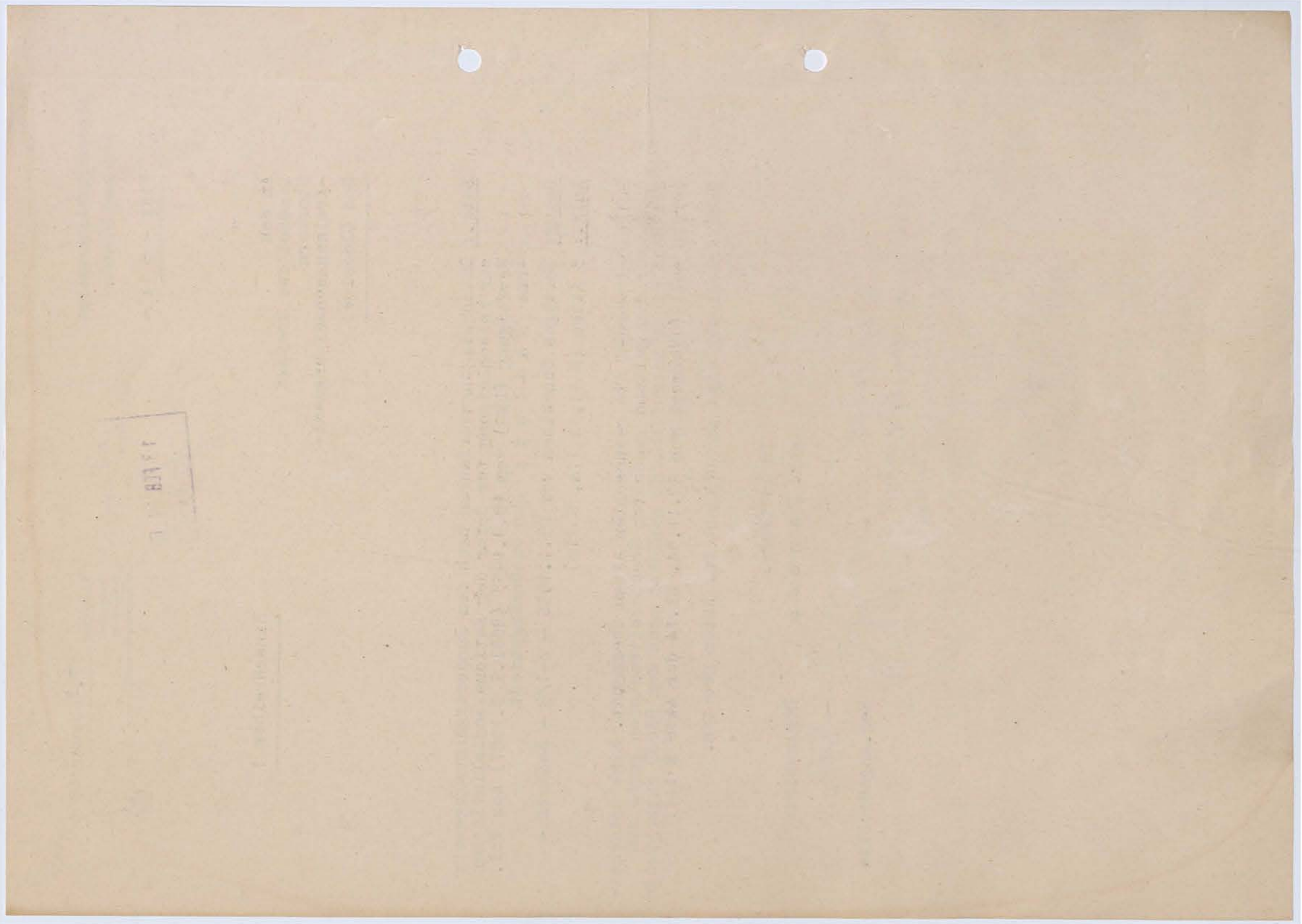
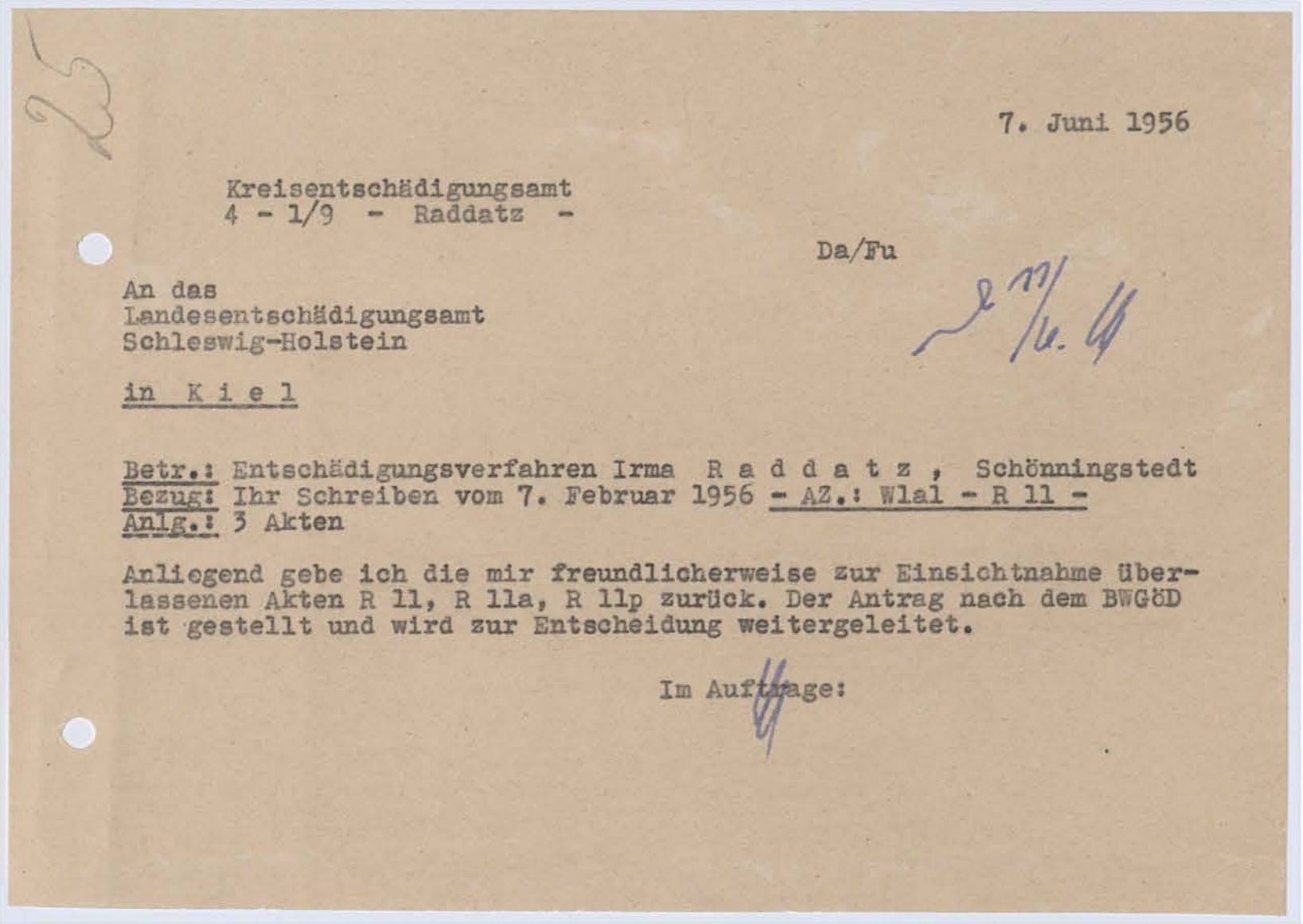
Im Auftrage:  
gez. H a n s e n

Beglaubigt:  
*Madelin*  
Reg. Angestellte

Bd. 14.2.56  
1 Akte wurde dem Personalamt zur Einsichtnahme überlassen  
4 Hg.

Landesentschädigungsamt Schleswig-Holstein  
Kanzlei

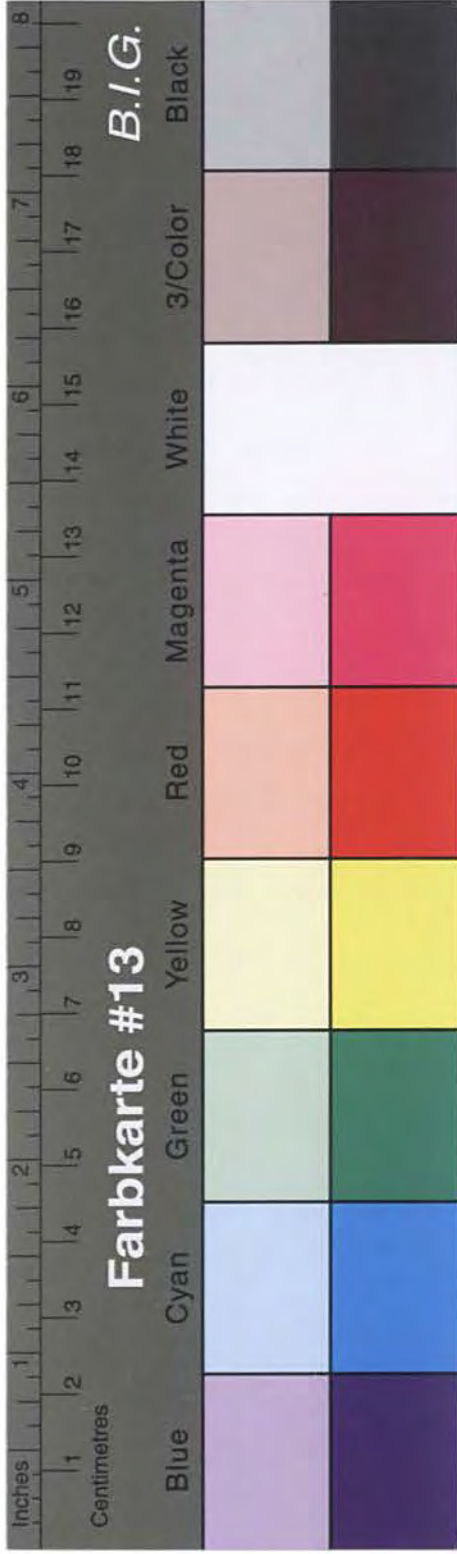




Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2

